Katholische Blätter für
weltanschauliche Information

ORIENTIERUNG

Nr. 21 41. Jahrgang Erscheint zweimal monatlich Zürich, 15. November 1977

AM 19. OKTOBER ist die Regierung Südafrikas mit neuen Maßnahmen der Unterdrückung der Schwarzen Opposition und aller Gegner der Apartheid in Erscheinung getreten. Sie verbot mehrere Zeitungen, so die Tageszeitung «The World», von einem Schwarzen redigiert und für Schwarze gemacht, aber im Besitze einer weißen Gesellschaft. Der Redaktor Percy Qomosa wurde verhaftet. Ins Gefängnis warf man noch andere prominente Schwarze, zum Beispiel Pater Smangaliso Mkhatshwa, stellvertretender Generalsekretär der südafrikanischen katholischen Bischofskonferenz. Er war schon letztes Jahr in Haft und wurde nun am 19. Oktober erneut hinter Schloß und Riegel gesetzt. Weltweites Aufsehen aber machte nicht zuletzt die Auflösung der Bewegung *«Das Christliche Institut»* (The Christian Institute) sowie die «Bannung» ihres Leiters und mehrerer Mitarbeiter. Über die Entstehung und Tätigkeit dieses ökumenisch ausgerichteten Instituts, über seinen Gründer und Leiter Dr. *Beyers Naudé* sowie über die Bedeutung und den Hintergrund des «Bannes» befragten wir den katholischen Erzbischof von Durban, *Denis Hurley*.

Im Anschluss an das auf Seite 235 abgedruckte Interview gab er uns auf Tonband in englischer Sprache die folgenden Auskünfte. *(Red.)*

Bann in Südafrika

Die Entstehung des christlichen Instituts geht zurück auf 1963. Seine Geschichte ist zugleich diejenige seines Gründers und Leiters. Dr. *Beyers Naudé* ist ein Weißer, und zwar ein *Afrikaander*. Als Geistlicher der holländisch-reformierten Kirche ist er durch einen ungeheuren Bekehrungsprozeß gegangen: von der üblichen Einstellung seiner Landsleute zur totalen Hingabe an die Entwicklung der Schwarzen und die schwarze Befreiung.

Dr. Naudé war Universitätspastor, der für die Universitätsstudenten und die Professoren verantwortlich war. Viele seiner Studenten wurden Geistliche der genannten Kirche und gingen sogar in deren missionarischen Zweig. Einige von ihnen kamen jeweils zu Dr. Naudé zurück und berichteten: «Wenn wir zu unseren Schwarzen sprechen, dann sagen diese, daß es einen Konflikt gebe zwischen dem, was wir lehren, und dem, was wir als Afrikaanders tun. Wir können den Konflikt nicht auflösen.» Dr. Beyers Naudé sagte mir persönlich, wie leicht er es am Anfang fand zu erklären, daß sich die Doktrin von getrennter Entwicklung vollständig mit dem Evangelium und mit der Bibel decke: «Es ist einfach so, daß Sünde in der menschlichen Natur ist, und sie zeigt sich in Gruppeneinstellungen. Darum laßt uns die Gruppen um des Friedens willen trennen.» So erklärte er damals seinen Studenten und Exstudenten.

Natürlich hört sich dies in Theorie gut an, aber in der Praxis erhalten die Weißen alles, und die Schwarzen erhalten nichts. Die Weißen haben die Entwicklung, die Schwarzen haben die Trennung. Am Ende begann Dr. Naudé selber daran zu zweifeln, und sein Zweifel führte ihn dazu, zu suchen, zu beten, zu studieren. Ja er bildete zusammen mit Freunden aus der holländisch-reformierten Kirche Diskussionsgruppen zum Thema Rassentrennung. Dann, im Jahre 1960, nahm er zusammen mit anderen Gliedern seiner Kirche an einer Konferenz teil, welche vom Genfer Weltkirchenrat in Südafrika organisiert war und sehr träfe Resolutionen verabschiedete. Die Burenkirchen verwarfen aber durch ihre Synoden diese Resolutionen. Beyers Naudé war an der Synode der Transvaal-Provinz in Pretoria, als diese Resolutionen diskutiert wurden. Als einziger blieb er der Sache treu. Er weigerte sich, die Resolutionen der Konferenz zu verwerfen. Er stand allein vor der gesamten Synode und sagte: «Ich habe meinen Namen für diese Resolutionen gegeben, ich stehe weiterhin zu ihnen, ich bin bereit, sie zu verwerfen, wenn Sie mir beweisen können, daß sie gegen die Heilige Schrift sind.» Er blieb allein. Kurz da-

SÜDAFRIKA

Dr. Naudés Sünde wider den Staatsgeist: Zur Auflösung des «Christlichen Instituts» – Der Gründung ging eine Bekehrung voraus – Beyers Naudé huldigte ursprünglich der ethnischen Theologie der Afrikaander – Einsicht in sündigen Gruppengeist – Friede durch Trennung oder durch Kontakte? – Burenkirchen und Regierungspartei verschworen sich für die Apartheid – Im Christlichen Institut pflegte man die Begegnung – Die verhängnisvollen Maßnahmen vom 19. Oktober.
Erzbischof Denis Hurley, Durban

POLITIK

Wie christlich ist das CDU-Grundsatzprogramm?: Die Kontroverse Biedenkopf/Blüm auf dem Parteiforum in Berlin – Wie sozial ist die «soziale Marktwirtschaft»? – Der Entwurf für ein neues CDU-Grundsatzprogramm hebt sich von der Tradition der christlichen Soziallehre ab – Erst recht kein Verhältnis zur modernen Theologie – Das «C» streichen oder deutlicher werden – Wo bleibt die Hoffnung, der Bezug zur Geschichte? – Der antireformatorische Touch und Jesus, der Reformer – Sein Liebesgebot, ein privates *und* politisches Programm. *Franz Alt, Baden-Baden*

ÖKOLOGIE

Darf man Atomkraftwerke bauen?: Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern zum Stellungskrieg erstarrt – Gegenseitige Vorwürfe – Die verschiedenen Experten und ihre Wertvorstellungen. *I. Das genetische Risiko in der Kontroverse:* Die Auslösung von Mutationen – Problematische «Grenzdosen» – Zweitausend Schweißer für ein Rohrstück – Ja zur Plutoniumökonomie? – *II. Alternativen:* Im Zweifel wenigstens ein Moratorium – Inkonsequenz der Atomgegner, aber wohin führen die Konsequenzen der Befürworter? – Stichwort Arbeitsplätze – Wie lange sind not-wendende Einschränkungen noch unzumutbar?
Paul Erbrich, Feldkirch

BISCHOFSSYNODE

Abschluß und Zukunft: Beteuerungen von Einigkeit überdeckten erfahrene Diskrepanzen – Immerhin jahrzehntelange katechetische Bemühung honoriert und integristisches Gejammer ignoriert – Allergnädigstes Zugeständnis des Präsidiums: 30 Minuten freie Manöverkritik – Daraus Vorschläge für die Zukunft – Der Papst, das Kirchenrecht und der römische «Stil». *Ludwig Kaufmann*

Gruppenkonflikte als Bewährung: *Gespräch mit Erzbischof Denis Hurley:* Wachstum im Glauben als Ziel von Katechese und Seelsorge – Ausrichtung auf den ganzen Menschen: Handeln, Zeugnisgeben, Umkehr – Gruppenkonflikte aus christlicher Bußpraxis bisher weitgehend ausgeklammert – Stellenwert von Versöhnung in altafrikanischer Tradition beispielhaft – Methoden des Friedens? – Erfahrungen im Kontakt überwinden Gruppenvorurteile – Was heißt «Umkehr» für Dominierende, was für Unterdrückte? – Verborgene Chance gemeinsamer Bußfeiern.

BUCHBESPRECHUNG

Mehr Christentum oder mehr Marxismus?: Unser Mitarbeiter Peter Hebblethwaite über die wichtigsten Entwicklungen im christlich-marxistischen Dialog. *Jakob David*

nach wurde er durch seine Kirche seines Amtes enthoben und gründete das ‹Christian Institute› als eine Körperschaft zur Förderung gegenseitigen Verständnisses zwischen den Rassen, zwischen Schwarz und Weiß. Die Tätigkeit erstreckte sich auf Bildungs- und Entwicklungsarbeit, die hauptsächlich zur Förderung der Talente der Schwarzen diente: sie sollten zeigen können, daß sie fähig und geschult sind, dasselbe zu tun wie die Weißen.

Das Institut wurde auf ökumenischer Basis geführt. Viele von uns sind Mitglieder: wir schlossen uns an, zahlten unsere Beiträge, nahmen an Versammlungen teil. Wenn ich sage «wir», so meine ich Verantwortliche in den sogenannten englischsprechenden Kirchen, Anglikaner, Katholiken, Methodisten usw. Zwischen ihnen und den «Dutch Reformed Churches», wie wir sagen, bestand schon immer ein großer Unterschied. Diese holländisch-reformierten Kirchen[1] partizipieren am Gruppenbewußtsein der Afrikaander. Es fällt ihnen schwer, sich auf ökumenische Zusammenarbeit einzulassen, denn in der Ökumene wird die Mentalität der Afrikaander kritisiert.

Von dieser Mentalität scheint bisher auch die Jugend nicht abrücken zu wollen. Die Afrikaanderfamilie ist noch sehr stark, und auch die Kirche fühlt sich stark. Besucht man eine Afrikaanderuniversität, so kann man beobachten, wie jedermann am Sonntag zur Kirche geht, der Student und der Professor. Die Afrikaander sind in diesem Sinn, soweit es um die individuelle und familiäre Dimension geht, die christlichsten Leute der Welt; aber sie können die sozialen Dimensionen der Situation in Südafrika nicht sehen. Darin liegt die Tragik.

Die englischsprechenden Südafrikaner kommen von den verschiedensten Völkerschaften. Sie sind nicht mit einer starken Gruppenidentität belastet und etwas liberaler in ihren Ansichten. Aber obwohl es für sie leichter ist, sich einer gewissen Weitsicht zu öffnen, geben sich nur wenige für einen Kampf um mehr Gerechtigkeit her. Ist also von Katholiken oder Anglikanern die Rede, die so etwas tun und sich mehr und mehr dafür einsetzen, so ist hinzuzufügen, daß es im ganzen gesehen noch sehr wenige sind und daß alles sehr langsam vor sich geht.

Wieviel schwerer es für die Afrikaander ist, sich umzustellen, kann man nur aufgrund ihrer ganzen Geschichte, die 1652 (Entstehung der Kapprovinz als niederländische Siedlung) begann, verstehen. Das Land wurde während der Napoleonischen Kriege von den Briten übernommen. Die Afrikaander, damals Buren genannt, mochten die britische Regierung und alles, was sie tat, nicht. Vor allem gab es eine große Mißstimmung über die Befreiung der Sklaven. Die Afrikaander verließen Kapstadt und gründeten eine andere Republik: Transvaal. Seither ist ihre Geschichte die des doppelten Kampfes: Kriege und Schlachten gegen die Briten und gegen die Schwarzen bestimmen ihr ethnisches und rassisches Gedächtnis. Die *Apartheidpolitik,* die aus dieser Gruppenidentität herauswächst und (seit dem Sieg der Nationalen Partei 1948) von der Regierung konsequent verfolgt wird, findet bei den holländisch-reformierten Kirchen ihre spirituelle Rechtfertigung. Durch die Ironie der Geschichte ist nun freilich der größte geistliche Gegner der Apartheid gerade einer der «Burenkirchen» entsprungen.

Beyers Naudé, dieser wunderbare Mann und großartige Christ, trat im Rahmen des Christlichen Instituts immer mehr in Verbindung mit Gruppen, die für die Befreiung der Schwarzen kämpfen. Gewaltlos! Es waren Gruppen wie die South African Student Organization SASO und die Black People Convention BPC und andere, die in den letzten zehn Jahren entstanden sind, die auf dem schwarzen Bewußtsein gründen, auf Selbstvertrauen, auf einem Gefühl des Stolzes, schwarz zu sein, auf der Erneuerung schwarzer Werte. All diese Organisationen wurden nun auch unterdrückt. Dr. Beyers Naudé identifizierte sich sehr mit ihnen, half ihnen, nicht in journalistischer Art, sondern mehr im Hintergrund als Ratgeber: wenn sie von ihm Hilfe erbaten, war er für sie da. Er erhielt viel Geld von Übersee. Aber vor zwei Jahren trat die Regierung dazwischen und stoppte jeden Geldverkehr von Übersee zum Institut; es wurde zur «nichtanerkannten Organisation» erklärt, und als solche durfte es kein Geld aus dem Ausland erhalten. Beyers Naudé führte sein Werk dennoch weiter. Nachdem ihm von außen kein Geld mehr zufloß, erhielt er noch genug von innen, um mit einem eingeschränkten Personalbestand weiterzumachen. Er blieb den schwarzen Gruppen sehr nahe. Deshalb ist er nun auch wie andere Führer «gebannt» worden.

Bannen bedeutet in Südafrika jemanden unter Regierungsaufsicht stellen. Er wird nicht ins Gefängnis gesteckt, aber es wird ihm (ähnlich wie bei Hausarrest) verboten, bestimmte Örtlichkeiten aufzusuchen, an Versammlungen teilzunehmen oder bestimmte Berufsarten auszuüben: schreiben, redigieren, alles was mit einem Verlag oder einer Erziehungsinstitution zu tun hat. Eine «Versammlung» können schon drei Leute sein. Ein Gebannter darf nicht mehr als eine Person auf einmal treffen. All diesen Beschränkungen unterliegt ein Gebannter ohne Gerichtsentscheid. Es bedarf lediglich der Verfügung eines Ministers, der sich seinerseits auf die gefährdete Staatssicherheit berufen kann. Der Begriff der «Nationalen Sicherheit» scheint sich von derselben ideologischen Inspiration zu nähren wie in Lateinamerika: man spricht dabei auch von Erhaltung der christlichen Zivilisation.

Der ganze Komplex der Regierungsmaßnahmen vom 19. Oktober ist vor dem Hintergrund der Unruhen seit Juni 1976, näherhin aber der seither erfolgten Todesfälle in Untersuchungshaft – genau 18 in 18 Monaten – zu sehen. So viele Menschen sind gefoltert und geschlagen worden. Als am 12. September der Beste, *Steve Bico,* in der Haft starb, sagte der Minister, daß er wegen eines Hungerstreiks starb, aber jetzt kam klar zum Vorschein, daß er schwer verletzt worden war, daß er eine Hirn- und Nierenverletzung erlitt und daß diese die Todesursachen waren. Nach seinem Tode wurden nun die Unruhen immer stärker. Er war ein großer Führer unter den jungen Schwarzen, ein sehr großer Führer. Und ich glaube, daß der Minister befürchtete, daß, wenn die Nachricht, wie er gestorben ist, wirklich offiziell herauskäme, die Reaktion fürchterlich wäre. Darum ging die Regierung am 19. Oktober zu neuen Maßnahmen und Aktionen über.

Diese Maßnahmen werden von der Bevölkerung als Manifestation der Entschlossenheit der Regierung verstanden, keinen Millimeter von der Apartheid abzurücken, sondern weiterzumachen, ja die Apartheidpolitik sogar noch zu konsolidieren. Und die Leute fragen sich: Wie sieht wohl die Zukunft aus für Südafrika? Es ist ja ihre Zukunft. Zunächst bedeutet es, daß die Regierung entschlossen ist, direkt in den Konflikt zu gehen. Wenigstens scheint dies der Fall zu sein. Was in Moçambique geschah, in Angola und was in Rhodesien vorgeht, wird nun auch in Südafrika geschehen. Die Regierung scheint entschlossen zu sein, bis zum letzten Mann zu kämpfen. Es ist unglaublich!

In zwei bis drei Jahren können wir in der selben Situation sein, in der jetzt Rhodesien steht, eine Situation, in der Guerillas über die Grenze eindringen, andere als Terroristen operieren und wo andere Länder über unser Land wirtschaftlichen Boykott und Embargos verhängen. In Südafrika leben 4 Millionen Weiße, die versuchen, gegen eine ganze Welt aufzustehen. Die Lage sieht wirklich ernst aus. Sehr ernst.

Erzbischof Denis Hurley, Durban

Übersetzt von Karl Weber

[1] Nederduits Gereformeerde Kerk, Nederduits Hervormde Kerk und Gereformeerde Kerk: alle drei haben ihren Ursprung in Holland. Beyers Naudé gehörte der ersten (N. G. Kerk) an.

Wie christlich ist das CDU-Grundsatzprogramm?

In der bundesdeutschen CDU scheint kontrovers zu sein, was zur gleichen Zeit in Rom als einmütige Botschaft des Weltepiskopats verkündet wird: das Soziale als wesentliche Dimension des christlichen Glaubens. Bischöfe betonen die Notwendigkeit einer Erziehung zur Solidarität und zum sozialen Engagement von Kindsbeinen an, während Politiker solche Worte durch «Geborgenheit» ersetzen wollen und ein unpolitisches Verständnis vom Menschen und Christen propagieren. So jedenfalls lauten die Meldungen von jenem Parteiforum, das am 24./25. September in Berlin über 400 Delegierte der CDU versammelte. Am Vorabend hatte Dr. *Franz Alt*, Leiter und Moderator des politischen Fernsehmagazins «Report» am Südwestfunk, den zur Debatte stehenden *Entwurf* zu einem neuen *Grundsatzprogramm* im «Spiegel» (Nr. 39, S. 50ff.) des «finstersten Liberalismus» bezichtigt. Im Licht der Berliner Diskussion nimmt Alt seine Kritik hier nochmals auf. Die Überlegungen scheinen uns über die Bundesrepublik hinaus aktuell zu sein. *(Red.)*

Die erste sozialpolitische Initiative in einem deutschen Parlament startete der katholische Abgeordnete Franz Josef Buß mit seiner berühmt gewordenen «Fabrikrede» im badischen Abgeordnetenhaus 1837; den ersten sozialpolitischen Gesetzesantrag im Deutschen Reichstag brachte die Fraktion des Deutschen Zentrums im März 1877 ein. Der erste Arbeiter im Deutschen Reichstag war der Dreher Gerhard Stötzel, Mitglied der Zentrumsfraktion. Die «Neue Soziale Frage» in der Bundesrepublik Deutschland stellen 100 Jahre später als erste die Christdemokraten. Und trotzdem geben heute die deutschen Wähler das Prädikat «sozial» weit eher der SPD als der CDU/CSU. Woher kommt das Image der Christdemokraten als einer «Unternehmerpartei» und das der SPD als «Partei des kleinen Mannes»? Antwort findet, wer die derzeitige Programmdiskussion in der CDU verfolgt.

Das Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft in einer Demokratie kann nur heißen: Eine Demokratie ist sozial oder keine Demokratie. Hierüber stritten auf dem CDU-Grundsatzforum Ende September in Berlin *Kurt Biedenkopf* und *Norbert Blüm*. Die Exponenten der Unionsflügel warfen sich gegenseitig vor, nicht mehr auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft zu stehen.

Biedenkopf: «Der Entwurf des Grundsatzprogramms erklärt das soziale Wohlbefinden zur Richtschnur wirtschaftspolitischen Handelns ... Die bisherigen Ziele und Maßstäbe wie persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen und Eigentum treten dagegen zurück.»

Blüm nannte daraufhin Biedenkopfs Freiheitsbegriff «zu schmalbrüstig ... Ich glaube, wir müssen daran festhalten, daß sich die soziale Marktwirtschaft sehr prinzipiell von der nackten Marktwirtschaft unterscheidet.»

Biedenkopf unterstellte den Verfassern des CDU-Programmentwurfs sozialdemokratische Motivationen, sie stünden nicht in der Tradition der CDU-Programmatik.

Dazu der Bundestagsabgeordnete *Wolfgang Vogt*, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse des Rheinlandes: «Wer die Parole ‹Freiheit statt Sozialismus› als Waffe der innerparteilichen Auseinandersetzung verwendet, nimmt sie sich natürlich als Instrument der Auseinandersetzung mit dem parteipolitischen Gegner.»

Der Streit um die Grundwerte Freiheit und Solidarität in der CDU-Programmatik wird immer grundsätzlicher und heftiger. *Hans Katzer* auf der Landestagung der westfälischen Sozialausschüsse am 16. Oktober an Biedenkopf gewandt: «Es ist eine Illusion zu glauben, ohne Solidarität die Probleme der industriellen Massengesellschaft lösen zu können. Bisher schien mir das in der CDU unumstritten zu sein ... Wer die Geißel der Arbeitslosigkeit erlebt hat, der redet ganz anders, als wer das nur aus dem Buch kennt.»

Bei soviel Grundsatzstreit um das Soziale der «Sozialen Marktwirtschaft» gerät die Union beinahe zwangsweise in den Verdacht, im Zweifel für die Freiheit von wenigen auf Kosten der vielen zu sein. Kurt Biedenkopf ist immerhin stellvertretender Parteivorsitzender. Generalsekretär *Heinrich Geißler* machte in Berlin den Versuch, den neuen uralten Streit in der CDU zu schlichten: Soziale Marktwirtschaft sei eine Ordnung im Dienste des Menschen, insoweit sei sie «instrumental», doch als «gute Ordnung» besitze sie zugleich Wertcharakter. Doch *Oswald von Nell-Breuning* befürchtet zu recht, daß einige Formulierungen des diskutierten Entwurfs für ein Grundsatzprogramm «die berechtigte Absage an kollektives Denken in eine Sprache kleiden, die eine ebenso bedenkliche individualistische Denkweise durchscheinen läßt». Und *Herbert Gruhl* moniert: «Die Grundlagen stimmen nicht mehr.»

«Geborgenheit» statt «Solidarität»?

Im Programmentwurf steht tatsächlich der Satz «Der Mensch ist nicht für die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft für den Menschen da». Das ist nicht christliche Soziallehre, das ist vielmehr finsterster Liberalismus. Dieser Satz ist unverantwortlich und unchristlich. Daß der Mensch *auch* ein soziales Wesen ist, *die* Grundaussage der christlichen Soziallehre, wird hier geleugnet. Nach christlicher Auffassung sind die Menschen nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere da. *Das* christliche Gebet heißt auch nicht «Vater mein», sondern «Vater *unser*, *unser* täglich Brot, führe *uns* nicht in Versuchung, erlöse *uns*». Das christliche Prinzip Liebe meint nicht nur Liebe zu Gott, sondern immer auch Liebe zu anderen; christliche Liebe ist gemeinschaftsbezogen, sozial, nicht asozial. Christliche Liebe besagt: Alle Menschen sind Brüder. Gerechtigkeit und Solidarität stehen neben Freiheit als Grundwerte zwar im Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms, doch nicht alle CDU-Politiker stehen auch dahinter. So machten Vertreter des CDU-Wirtschaftsrats bei der Berliner Tagung den Vorschlag, «Solidarität» zu streichen, weil dieser Begriff sozialistisch vorbelastet sei; statt «Solidarität» solle «Geborgenheit» ins Programm! Das wäre Sozialpolitik 1820, Patronatsdenken. «Solidarität» als Beliebigkeit von oben! Mit christlicher Sozialethik hätte das wenig zu tun.

«Subsidiarität» und «Brüderlichkeit» kommen nicht vor

Der jetzige Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms ist schon sprachlich nicht ausreichend mit der Tradition der christlichen Soziallehre verbunden. Die Worte Subsidiarität und Brüderlichkeit kommen nicht vor. Daß Grundwerte für eine christlich motivierte Partei auch internationale Verpflichtung haben müssen, könnte dadurch dokumentiert werden, daß die CDU den Grundwert «Friede» zusätzlich in ihr Programm aufnimmt. Und Hinweise auf «Populorum Progressio» («Entwicklung, der neue Name für Friede»!) beispielsweise, könnten die Nähe zur heutigen katholischen Soziallehre verdeutlichen.

Doch das CDU-Programm – so ist zu befürchten – wird zu sehr unter einem nationalen Stern stehen. Und das in einer Zeit, in der in der Bundesrepublik über 90 % der Haushalte Auto und Fernseher, Kühlschrank und Waschmaschine, Staubsauger und Radio haben.

Der Entwurf zeigt einmal mehr, daß die Partei kein Verhältnis zur modernen Theologie hat, zur Theologie der Welt, zur Theologie des Sozialen. Als hätte *Johann Baptist Metz* nicht großartige Vorarbeit geleistet! Die CDU ist eine noch nicht christliche Partei mit dem «C» im Namen. Im Entwurf wird zwar ganz tapfer von Gott geredet, aber Jesus Christus kommt nicht vor.

Das «C» ohne Christus

Die meisten Mängel, die mir in den beiden ersten Kapiteln («Das Verständnis vom Menschen» und «Grundwerte») aufgefallen sind, führe ich darauf zurück, daß – bewußt oder unbewußt – jeder Bezug auf Jesus Christus und sein Evangelium ausgeklammert bleibt. Nach Hans Küng ist Christ, wer «seine

Menschlichkeit, Gesellschaftlichkeit und Religiosität von Christus her zu leben versucht». Wenn sich die CDU des «C» im Parteinamen wirklich so sehr schämen sollte, daß sie selbst in einem Grundsatzprogramm nicht mehr wagt, Christus zu zitieren oder wenigstens zu erwähnen, dann sollte sie konsequent sein und das «C» streichen. Es taugt nicht als Etikettenschwindel! Man darf aus christlicher Spiritualität nicht christliche Spirituosen machen. Ich plädiere für eine andere Strategie: Deutlicher werden.

Das unterscheidend Christliche ist Jesus Christus. Das «C» im Parteinamen ist sicher die anspruchsvollste, zugleich aber auch die fragwürdigste und mißverständlichste ethische Norm, die es in der deutschen Parteiengeschichte je gegeben hat. Zögern, Verlegenheit und Betroffenheit sind verständlich, wenn nach dem politischen Gehalt des «C» gefragt wird. Aber Sprachlosigkeit wäre unchristlich, peinlich und politisch gefährlich dazu.

Gott ist nach der Bibel der Unfaßbare, der Unbegreifliche, der Unaussprechbare – aber er steht im Programm der CDU! Was wir über Gott wissen, wissen wir von Jesus Christus. Christen haben von Christus einen Auftrag. Warum soll der Auftraggeber verschwiegen werden? Christus war doch deutlich genug! Ich glaube nicht, daß man das so machen kann, wenn man redlich bleiben will.

Wo bleibt die Hoffnung, der Bezug zur Geschichte?

Am Anfang steht der Satz: «Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten.» Warum eigentlich diese negative Abgrenzung? Die Ethik als Fundament oder zumindest Teil einer christlichen Politik läßt sich ganz sicher aus dem Glauben ableiten. Außerdem ist der christliche Liebesbegriff ein sehr bestimmter. Besser wäre wohl eine Formulierung wie diese: «Aus diesem Glauben läßt sich ein *allgemeines* politisches Programm ableiten.» Der folgende Satz («Der Glaube gibt uns das Verständnis vom Menschen») sollte ergänzt werden. Es stünde der CDU gut an, in ihrem Grundsatzprogramm darauf hinzuweisen, daß jede vernünftige Politik zukunfts- und geschichtsorientiert zugleich ist. Das Wesentliche des Neuen Testaments ist die Hoffnung auf das Reich Gottes, auf die gerechte Herrschaft Gottes. Da diese Verheißung nicht nur für Christen, sondern für alle Menschen gilt, und auch von vielen Nichtchristen gehofft und geglaubt wird, kann diese Aussage auch in das Programm einer Volkspartei aufgenommen werden.

Christliche Politik meint immer den einzelnen Menschen und die Menschheit. Der Satz «Der Glaube gibt uns das Verständnis vom Menschen» ist in einem politischen Programm zu individualistisch. Es entspräche christlicher Politik eher, wenn der Satz hieße: «Der Glaube gibt uns das Verständnis vom Menschen und der Geschichte.» Mit dieser Ergänzung würde zugleich eine konservative Wertposition christlich verstandener Politik deutlich. Eine Wertposition, die auch von vielen Nichtchristen akzeptiert wird.

Im Entwurf wird viel gewarnt, da werden zuhauf Gefahren und Grenzen aufgezeigt. Kaum irgendwo ist christliche Hoffnung in Sicht, dafür überall Stopschilder und Warnsignale. Auch hier fehlt die Hoffnung auf die Verheißung Jesu Christi, daß die Menschheit einmal Reich Gottes werden soll. Daraus könnten Christen in der Politik Mut und Elan, Phantasie und Freude erwachsen für konkrete politische Arbeit. Im Entwurf für ein Grundsatzprogramm einer christlich orientierten Partei müßte am Anfang das Ziel der Geschichte und der Sinn des Menschseins definiert werden.

Die Verpflichtung auf Reform

Die CDU geht bei diesem Entwurf davon aus, daß christlich heute einen antireformatorischen Touch hat. Deshalb bleibt Christus ausgeklammert. Deshalb wird nicht deutlich, daß christlicher Glaube *auch* politische Konsequenzen haben muß. Es wäre schon ein ziemlicher Treppenwitz der Geschichte, wenn ausgerechnet eine christliche Partei der Privatisierung des Christlichen noch Vorschub leisten würde. Wer sich das «C» in den Parteinamen schreibt, macht doch schon dadurch deutlich, daß das Christentum mehr als eine Angelegenheit für den Sonntagmorgen ist, daß Jesus von Nazareth mit seinem Programm gerade nicht nur die Pflege des eigenen Seelengärtleins gemeint hat. Er hat zwar keine Partei gegründet, er war Religionsreformer. Aber der zentrale Begriff seiner Reformation ist die Liebe. Und christliche Liebe ist immer Gottesliebe und Nächstenliebe und Fernstenliebe. Das ist ein privates, aber auch ein politisches Programm. Und deshalb scheint mir das «C» im Namen einer politischen Partei auch berechtigt; eher freilich als Verpflichtung denn als Anspruch.

Man muß bei der Definition solcher Gedanken in einem politischen Programm freilich nicht unbedingt in den Stil von Bußandachten verfallen. Sätze wie «Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt und verpflichtet. In verantwortlicher Freiheit gestaltet er sein Leben und seine Welt selbst» könnten ersatzlos gestrichen werden. Hier soll doch gar nicht so sehr das Ziel des einzelnen, sondern vielmehr das Ziel einer Partei definiert werden. Daß «allen Menschen die Zusage der Erlösung» gilt, ist ebenfalls Predigtstil. Absolutionsmöglichkeiten für Irrtümmer müssen nicht unbedingt in das Grundsatzprogramm einer Partei.

Ich bin auch nicht sicher, ob jeder Mensch «erfährt, daß Vollendung in einer Wirklichkeit liegt, welche die menschliche Welt überschreitet», wie die Verfasser meinen. Transzendenz ist zwar im Glauben erfahrbar, aber «Erfahrung» im Sinne moderner Naturwissenschaften wäre etwas Nachprüfbares. Deshalb sollte hier zumindest stehen: «Der Mensch kann erfahren ...»

Thomas von Aquin in heutiger Sprache

Einige private Regieanweisungen sind ganz und gar überflüssig, dafür sollten aber auch hier das christliche Prinzip Liebe, die paulinische Theologie der Gemeinschaft und fundamentale Thesen der christlichen Soziallehre Eingang finden. Die Ethik des Neuen Testaments ist so sozialethisch wie individualethisch orientiert. Ich hielte es für bedenklich, wenn nicht der soziale Bezug des einzelnen, das Eingebundensein in Gemeinschaften deutlicher würden. Doch dieser Mangel hat Methode. Es gibt zwar einen großen Abschnitt «Entfaltung der Person», aber einen eigenen Abschnitt «Entfaltung der Gemeinschaft» sucht man vergebens. Selbst die «Neue Soziale Frage» landet bezeichnenderweise unter «Entfaltung der Person». Das geht doch nicht, wenn in der CDU die katholische Soziallehre noch Gültigkeit haben soll. In der katholischen Tradition ist der Mensch immer auch ein «ens sociale», und auch in der *heutigen* evangelischen Theologie ist das unbestritten.

Der gesamte «Das Verständnis vom Menschen» betitelte erste Teil des Entwurfs ist zu unpolitisch geraten. Es steckt darin zu viel von der *klassischen* evangelischen Individualethik. Einige moderne evangelische Theologen sind inzwischen allerdings mit ihrer «Revolutionsethik» im anderen Extrem gelandet. Doch die heutige katholische Theologie eines Johann Baptist Metz beispielsweise («Theologie der Welt») steht in der Tradition der christlichen Soziallehre und beschreibt den einzelnen in seiner Individualität und Sozialität. Das ist Thomas von Aquin in heutiger Sprache. Diese «ausgewogene» politische Theologie müßte mehr Eingang finden in das Grundsatzprogramm der CDU.

Franz Alt, Baden-Baden

Bildungshaus Bad Schönbrunn, Edlibach

Willy Fries
zum 70. Geburtstag

Der verborgene Christus

Besinnliches Adventswochenende
Willy Fries – P. Willi Schnetzer SJ
3.–4. Dezember 1977

Anmeldungen: Direktion Bad Schönbrunn, 6311 Edlibach, Telefon (042) 52 16 44.

DARF MAN ATOMKRAFTWERKE BAUEN?

Die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der Atomenergie ist zum Stellungskrieg erstarrt. Die Positionen sind bezogen mit einer Endgültigkeit, die weder Kompromisse noch Neuüberprüfung der Positionen zu erlauben scheint, nicht zuletzt deswegen, weil die zwei mächtigsten Interessengruppen im Staat, nämlich Wirtschaft (Industrie und Banken) und Gewerkschaften, sich *für* die Atomenergie entschieden haben.

Die *Atomgegner* nennen die Befürworter verantwortungslos, wenn nicht gar kriminell. Den Kirchen werfen sie vor, nicht unmißverständlich und endgültig Stellung bezogen zu haben, und zwar gegen das Atom. Für sie besteht kein Zweifel mehr, daß auf das «friedliche Atom» verzichtet werden muß, weil der Gebrauch der Kernenergie die Gesundheit nicht nur der Zeitgenossen, sondern auch zukünftiger Generationen in unbestimmter Zahl an der Wurzel trifft, nämlich im Erbgut. Das *Gesundheitsrisiko* ist zu groß. Gesundheit aber bleibt zusammen mit dem Leben des oberste der irdischen Güter, wofür zu allererst Sorge getragen werden muß.

Die *Atombefürworter* nennen die Gegner emotional, wenn nicht gar irrational. Sie klagen zögernde Politiker an, die wirtschaftliche Zukunft des Landes aufs Spiel zu setzen. Sie sind überzeugt, daß Atomkraftwerke (AKWs) gebaut werden müssen, weil sonst die Arbeitslosigkeit derart ansteigen wird, daß der soziale Friede wie die demokratische Ordnung an der Wurzel bedroht werden. Das *soziale Risiko* ist zu groß. Eine gewisse, nicht einmal sicher abschätzbare Beeinträchtigung der Gesundheit der jetzigen und zukünftiger Generationen ist der Preis, den sie zu zahlen bereit sind, um größere Übel zu verhindern.

Der Rückgriff auf die Experten führt in diesem Streit nicht weiter. So gut wie alle *nuklearen* Experten sind für den Ausbau der Atomenergie. Sie sind die einzigen, die die Atomtechnik aus erster Hand kennen. Nicht alle, aber eine große und ständig steigende Zahl von *nichtnuklearen* Fachleuten (d.h. Mediziner, Naturwissenschaftler und Techniker) sind gegen den Ausbau. Jene Fachleute aber, auf die es in diesem Streit am allermeisten darauf ankäme, sind merkwürdig still, nämlich die Genetiker (Vertreter der Vererbungslehre). Begreiflich, denn erstens müßten wir genetisch mehr wissen, als wir es heute tun, um die anstehenden Fragen «vorläufig endgültig» beantworten zu können, und zweitens müßten die Politiker den Genetikern konkret sagen, wieviele Fehlgeburten, Mißgebildete und chronisch Kranke pro 1000 Einwohner aufgrund von Erbschäden zumutbar sind und für wen eigentlich. Eine weitere Gruppe von Experten, die durch diesen Streit direkt berührt werden (wenn auch aus ganz anderer Sicht), nämlich die Wirtschaftswissenschaftler, sind mit wenigen Ausnahmen ebenfalls für den Ausbau der Kernenergie.

Wie soll sich in dieser Situation der Laie verhalten? Z.B. ein Politiker, Unternehmer oder Gewerkschaftsführer, ein Lehrer oder Bischof?

I. Gegner und Befürworter zum genetischen Risiko

Betrachten wir unter allen Risiken der Kernenergie nur eines: das genetische Risiko, von dem die Befürworter der Atomenergie und nicht wenige ihrer Kritiker gegenwärtig nur im Nebensatz sprechen, wenn überhaupt[1]. Es ist jenes, das vermutlich am schwierigsten zu beurteilen ist. Manche Atomgegner halten es für so groß, daß die Weiterentwicklung der Kernenergie sich schon von daher kategorisch verbietet. Die Befürworter halten es für so klein, daß es als zumutbar gelten kann (zumal die schon Geborenen von diesem Risiko persönlich nicht mehr und ihre Kinder vermutlich noch nicht betroffen werden).

Die Auslösung von Mutationen

Beim genetischen Risiko geht es um Mutationen, d.h. um spontan auftretende und zugleich *erbliche* Veränderungen der Erbfaktoren (Gene) in Fortpflanzungszellen (Samen- und Eizellen). Dieses Risiko ist schwerwiegender als das Krebsrisiko, weil *ein* Mutationsereignis durch den Zeugungszusammenhang unbestimmt *viele* treffen kann:

▶ Unter allen Schäden, die die Radioaktivität natürlichen oder technischen Ursprungs auslösen kann, erfordert die Mutation die geringste Dosis. Ein einziges Strahlenquant (-teilchen) genügt. Das ist die Quintessenz der sog. Treffertheorie, die von kaum jemandem in Frage gestellt wird.

▶ Einmal entstandene Mutationen können durch Generationen hindurch in einer unbestimmten Zahl von Nachkommen Mißgeburten, Mißbildungen, Siechtum aller Art und frühzeitigen Tod bewirken. Es kann aber lange dauern, bis diese Wirkungen statistisch, geschweige denn mit Händen, greifbar werden. Strahleninduzierte Mutationen sind nämlich so gut wie immer rezessiv, d.h. sie wirken sich erst aus, wenn sie in doppelter Ausführung im Erbgut eines Individuums vorhanden sind: das eine mutierte Gen stammt vom Vater, das andere der gleichen Art von der Mutter. Eine Kombination von zwei mutierten Genen gleicher Art durch den Befruchtungsvorgang ist nur wahrscheinlich, wenn das mutierte rezessive Gen in der Fortpflanzungsgemeinschaft weit verbreitet ist. Die Verbreitung kommt zustande

- nicht nur durch die dauernde Neuentstehung mutierter Gene infolge allgegenwärtiger Strahlung, deren natürlicher Pegel durch die Einführung der Atomenergie unvermeidlich angehoben wird,
- sondern auch durch die Weitergabe einmal entstandener Mutationen an die Nachkommen in der Zeugung.

Eine einmal entstandene Genmutation kann nicht rückgängig gemacht (geheilt) werden, und sie verschwindet nicht, es sei denn, *alle* Träger dieser Mutation verzichten darauf, Kinder zu zeugen. Das aber wird schon deswegen nicht eintreten, weil die Träger einer bestimmten schädlichen, rezessiven Genmutation gar nicht wissen können, daß sie Träger sind, es sei denn, die betr. Mutation sei doppelt vorhanden (im Chromosomensatz väterlicher wie mütterlicher Herkunft) und die schädliche Wirkung des mutierten Gens werde als Genwirkung durchschaut. Um die Verbreitung schädlicher Gene möglichst niedrig zu halten, muß die sog. maximal zulässige Strahlendosis (d.h. die für tolerierbar gehaltene Strahlenmenge) pro Kopf der Gesamtbevölkerung erheblich kleiner sein als jene Dosis, die man für eine kleine Gruppe aus der Gesamtbevölkerung (z.B. für Belegschaften von Nuklearanlagen) oder gar für ein einzelnes Individuum (z.B. für einen bestimmten AKW-Arbeiter) für zumutbar hält.

▶ Wenn schon ein einzelnes Strahlenquant eine Mutation auslösen kann, dann gibt es keine untere Grenze für die Strahlendosis, unterhalb der keine Mutationen zu befürchten sind. Es gibt also keine eigentliche «tolerierbare» oder «zulässige» Grenzdosis. Ferner ist es gleichgültig, ob eine bestimmte Dosis im Verlaufe eines Tages oder eines Jahres empfangen wird. Das ergibt sich aus der Treffertheorie.

Wenn jede auch noch so kleine Strahlendosis die späteren Generationen belastet, wie kann man dann noch Nuklearanlagen verantworten, die ja auch im Normalbetrieb ständig Radioaktivität abgeben? Und vor allem: Wie kann man den unbeschränkten, weltweiten Ausbau der Kernindustrie anstreben?

[1] Die vielseitige und ausführliche Analyse der Problematik der Kernenergie, finanziert von der Ford-Foundation, durchgeführt von 21 unabhängigen und qualifizierten Wissenschaftlern aus verschiedensten Gebieten und 1977 veröffentlicht unter dem Titel «Nuclear Power, Issues and Choices» (deutsch «Das Veto», 376 S. im Umschau Verlag, Frankfurt 1977), widmet ganze 3 Textseiten dem genetischen Risiko (S. 159 ff.). In der Zusammenfassung der Ergebnisse ist von der genetischen Belastung explizit nicht mehr die Rede (S. 15–47).

Darauf antworten die Befürworter:

▷ Die Natur selber «toleriert» eine bestimmte Strahlendosis: kosmische Strahlung, ultraviolette (UV-) Strahlung (beide zunehmend mit der Höhe über Meer), Strahlung des Bodens und dessen, was aus dem Boden gezogen wird (Baumaterialien, Wasser, pflanzliche Nahrung). Die Strahlenbelastung in Europa schwankt zwischen 60 und 350 mrem (örtlich auch darüber; mrem = Millirem, ein Maß für die Wirkung der Strahlung auf den lebenden Organismus). Davon entfallen rund 20 mrem auf Strahlung im Innern des Körpers. Sie stammt aus radioaktivem Kalium (K-40) und Kohlenstoff (C-14), die beide in der aufgenommenen Nahrung vorkommen. Diese Belastung hat die Entstehung und Entfaltung des Lebens nicht gehindert und möglicherweise sogar gefördert. So ist z. B. eine gewisse UV-Dosis unentbehrlich zur Verhütung der Rachitis.

Zudem werden die zufällig auftretenden Mutationen in der modernen Evolutionstheorie als letzte Ursache für die bestehende Mannigfaltigkeit der Organismen angesehen. Sie schaffen eine beinahe unendliche Zahl morphologischer und physiologischer erblicher Varianten unter den Organismen, aus der die Selektion die weniger oder überhaupt nicht erfolgreichen ausmerzt. Übrig bleiben die erfolgreichen Varianten, nämlich jene, die wir beobachten. Mutationen können deshalb doch nicht einfach nur negativ beurteilt werden, wie das dauernd getan wird.

▷ Es gibt Mechanismen, die Mutationen wieder reparieren können, solange sie nicht in zu rascher Folge auftreten (= solange die Dosis pro Zeiteinheit [= Dosisrate] nicht zu hoch ist). Deswegen sind protrahierte (= in die Länge gezogene) Dosen weniger schädlich als die gleiche Dosis in kürzerer Zeit verabreicht (was in der Strahlentherapie des Krebses ausgenützt wird).

▷ Es existiert somit eine tolerierbare Strahlendosis. Sie ist international festgelegt auf 5 rem in 30 Jahren (= in einer Generation) pro Kopf bezogen auf den ganzen Körper und bezogen auf die Geschlechtsdrüsen auf 1 rem in 30 Jahren. Das sind 170 mrem pro Jahr resp. 33 mrem. Diese maximal zulässige künstliche Belastung liegt in derselben Größenordnung wie die natürliche. Da die vorkommenden Unterschiede in der natürlichen Strahlenbelastung mehrere 100 mrem betragen können und trotzdem zu keinen nachweislichen Unterschieden in der Zahl der Mißbildungen oder der erblichen Krankheiten geführt haben (was vermutlich nicht stimmt [s. unten]), scheint diese Limite vertretbar zu sein. Die tatsächliche Gesamtbelastung der Bevölkerung durch das «friedliche Atom» liegt (selbst in Staaten mit vielen AKWs wie USA und GB) bei weniger als 1 mrem! Dieses glänzende Resultat hat die deutsche Bundesregierung bewogen, die maximal zulässige Dosis von 170 mrem auf 30 mrem für Strahlung aus der Luft plus 30 mrem für Strahlung aus dem Wasser zu senken.

Darauf kontern die Atomgegner:

Erstens: Die Natur sieht von Hause aus gewiß gesund und kräftig aus trotz Strahlenbelastung durch Jahrmillionen. Das ist nicht verwunderlich, denn sie hat keine moralischen Hemmungen, Mißgebildete und Schwache zu eliminieren. Deshalb findet man in den Riffen rund um die Atolle, auf denen vor 20 Jahren H-Bomben getestet wurden, keine siechen oder verkrüppelten Algen, Korallen, Muscheln, Schnecken oder Fische, und der Artenreichtum ist wieder so groß wie anderswo auch. Der Kulturmensch kann in diesem Punkt die Natur nicht nachahmen. Deshalb sind in Hiroshima und Nagasaki gewisse Spitäler immer noch gefüllt mit Spätopfern der A-Bombenexplosion vor mehr als 30 Jahren.

Der ständige Zugang schädlicher Mutationen, die durch die natürliche Strahlung neu erzeugt werden, führt nur deshalb nicht zu einer Erhöhung der Gesamtzahl schädlicher Mutationen im sog. Genpool der Fortpflanzungsgemeinschaften, weil auf der anderen Seite ein ebenso großer Abgang herrscht: erblich belastete Individuen sterben, bevor sie Nachwuchs kriegen. Die Erblast (genetic burden) einer Population bleibt dadurch auf einem bestimmten Niveau konstant.

Aus der Konstanz der Erblast auf die Harmlosigkeit der natürlichen Strahlung zu schließen, wäre ein grober Fehlschluß. Die Erblast der Menschheit, zumindest in den Industriestaaten, nimmt zu, einerseits, weil immer neue mutationsauslösende Chemikalien und radioaktive Stoffe in die Umwelt gelangen und die medizinische Anwendung von Strahlen und strahlenden Stoffen beängstigend zugenommen hat und noch immer zunimmt, andererseits, weil die ärztliche Kunst erblich belasteten Individuen hilft, (fast) ebenso lang zu leben und ebenso viele Kinder zu haben, wie die erblich (scheinbar) gesunden.

Zweitens: Reparaturmechanismen scheinen in der Tat zu existieren, insbesondere für Schäden durch UV, sonst wäre den Leuten das Sonnenbädeln längst verleidet. Ob solche Mechanismen, die ebenso wirksam sind wie jene für UV, für alle Arten von strahlenerzeugten Störungen und für alle Arten von Körpergeweben existieren, ist durchaus offen. Zudem darf die Abhängigkeit von der Dosisrate nicht übersehen werden: wie Abzugskanäle bei Sturzregen überlaufen können, obwohl sie gemessen am Jahresniederschlag großzügig ausgelegt sind, so können Reparaturmechanismen überlastet werden, dann nämlich, wenn die (vielleicht in der Tat) tolerierbare Dosis nicht gleichmäßig über das Jahr verteilt ankommt, sondern zur Hauptsache in Schüben, während einiger Wochen nebliger Wetters mit geringer Luftzirkulation oder während einiger Tage bei Störungen in AKWs oder in Entsorgungsanlagen oder wenn (was oft vergessen wird) die Strahlung ankommt in einer Phase raschen Wachstums (Embryonen, Kinder). Während solcher Zeitabschnitte teilen sich die Zellkerne so rasch, daß die Reparaturmechanismen u. U. gar nicht rechtzeitig dazu kommen, die strahleninduzierte Störung zu beheben. Diese Störungen aber bewirken bei der Verdoppelung der Erbfaktoren anläßlich der Kernteilung einen «Druckfehler» in der Erbinformation (im «Morseband» des Lebens, in der DNA). Diese Druckfehler können (müssen aber nicht in jedem Fall) zu Sinnentstellungen in der Erbinformation führen, die von den sinnblinden Reparaturmechanismen nicht mehr erkannt und repariert werden können und so die Erblast der Menschheit erhöhen.

Nicht nur das Erbgut der Menschheit wird von der erhöhten Radioaktivität betroffen, sondern auch das der Tiere, Pflanzen, der Mikroorganismen im Boden, der Bakterien und Viren. Ihre Leistungsfähigkeit oder ihre Infektionskraft wird verändert. Nichts berechtigt uns zu meinen, daß diese Veränderungen stets zu unserem Vorteil spielen.

Problematische «Grenzdosen»

Drittens: Obwohl unsere Kenntnisse über die genetische Auswirkung radioaktiver Strahlung zumindest lückenhaft sind, werden maximal zulässige Grenzdosen aufgestellt. Die ICRP (International Commission on Radiological Protection) empfiehlt 170 mrem pro Jahr als Grenzdosis für Einzelpersonen in der Bevölkerung (z. B. im Umkreis von AKWs). Die Begründung dafür lautet für gewöhnlich:

- Diese Grenzdosis liegt innerhalb der Schwankungsbreite der natürlichen Strahlung. Diese Schwankungen aber haben keine nachweisbaren Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung.
- Diese Grenzdosis «schafft einen vernünftigen Spielraum für die Atomenergieprogramme der absehbaren Zukunft» (ICRP Publ. 9:15, 1965).

Der erste Grund entstammt vermutlich unserer Unwissenheit: es ist uns nichts aufgefallen, weil wir uns nicht gründlich genug umgesehen haben. Immerhin gibt es eine Erhebung im Staate New York an über einer Mio Lebendgeborener (Jahrgänge 1949 bis 1955), die ergab, daß in Gebieten mit erhöhter Bodenstrahlung (zwischen 70 und 100 mrem pro Jahr) auch die Häufigkeit von Mißbildungen erhöht ist (bis zu 50% in der «bodenverbundenen» landwirtschaftlichen Bevölkerung). Ähnliche Beobachtungen wurden an Feldmäusen gemacht, deren «Bodenverbundenheit» noch größer ist. Der zweite Grund ist sachfremd. Er hat nichts mit Genetik zu tun, sondern mit Wirtschaft.

Aus dem gleichen wirtschaftlichen Grund wird die zulässige Dosis für Betriebsangehörige von AKWs 30mal höher angesetzt, nämlich für gewöhnlich mit 5000 mrem statt nur 170 mrem pro Jahr. Genetisch wird diese Maßnahme mit dem Hinweis begründet, daß die Zahl der betroffenen Personen sehr klein sei im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und damit auch der Zufluß geschädigter Gene zum Genpool nur geringfügig angehoben werde (Risiko), dafür aber ließen sich die Atomanlagen wirtschaftlich betreiben (Nutzen).

Zweitausend Schweißer für ein Rohrstück

Dieses Zugeständnis scheint aber bei weitem nicht auszureichen für einen wirtschaftlichen Betrieb der Nuklearanlagen über eine lange Zeit. Denn AKWs sind nicht selten gezwungen, für Reparaturen kurzfristig betriebsfremdes Personal einzusetzen, nicht, weil das eigene inkompetent wäre, sondern weil es zu rasch die «erlaubte» Grenzdosis erreichen könnte und damit für den Rest des Jahres blockiert wäre. Damit aber wird der Kreis der stark belasteten Personen erweitert und der Zufluß geschädigter Gene zum Genpool erhöht (es sei denn, man stelle nur Leute ein, die keine Kinder haben wollen oder können «wie z. B. Ordensangehörige», bemerkt der Genetiker Barthelmess.

Zur Illustration ein (allerdings extremes) Beispiel: letztes Jahr mußte am Dampferzeuger des amerikanischen AKWs Indian Point I, einer kleinen Anlage von 150 MW elektrischer Leistung (ein Siebtel des heute Üblichen) dafür aber schon lange im Betrieb (seit 1963), ein schadhaft gewordenes Rohrstück ausgewechselt werden. Im Verlaufe der Jahre war es durch bestrahlte Korrosionsprodukte aus dem Reaktor stark radioaktiv geworden (Quelle der Strahlung vor allem Kobalt 60). Um die Strahlenbelastung der Arbeiter in Grenzen zu halten, mußten 2000 (!) Schweißer zusammengetrommelt werden, von denen jeder nur kurze Zeit «vor Ort» arbeiten durfte. Die ganze Operation dauerte 6 Monate. Jeder Schweißer absorbierte schätzungsweise das 10fache der für ihn als Nichtbetriebsangehörigen erlaubten Menge, etwa zwischen 1500 und 2000 mrem. Die Praxis der Reparaturvergabe nach außen wird mit zunehmendem Alter und mit steigender Zahl der Reaktoranlagen ohne Zweifel zunehmen und damit auch der Anteil der Bevölkerung mit stark überdurchschnittlicher Strahlenbelastung.

Auch völlig unbeteiligte Personen können unerlaubte Dosen mitbekommen, ohne daß diese (oder andere Leute) davon etwas ahnen. Haben radioaktive Substanzen den geschlossenen Kontrollbereich über Abluft und Abwasser verlassen, ist ihr Weg in der Biosphäre nur schwer und unvollkommen zu verfolgen und zu kontrollieren.

Unvollkommene Messung

Man darf daher der Auskunft, die Durchschnittsbelastung der Gesamtbevölkerung sei kleiner als 1 mrem, nicht allzu viel Vertrauen entgegenbringen. Diese Zahl ist ja nicht gemessen (wie die Zinkverseuchung beim erwähnten Arbeiter), sondern nur errechnet. Zu den Berechnungsgrundlagen gehören u. a. die von den Nuklearanlagen abgegebenen Mengen radioaktiver Substanzen. Die Messung dieser Emissionen ist alles andere als vollkommen. Sie erfolgt in vielen Fällen weder kontinuierlich, noch erfaßt sie stets lückenlos alle radioaktiven Atomsorten (letzteres gilt vor allem vom Tritium, dem überschweren, radioaktiven Wasserstoff, einem weichen Betastrahler mit einer Halbwertzeit von gut 10 Jahren). Trotz des hohen und damit kostspieligen Meßaufwandes will man in der Bundesrepublik Deutschland die kontinuierliche Messung, getrennt nach Atomsorten, für alle Nuklearanlagen zur Vorschrift machen mit der Auflage, die Resultate jährlich ohne Aufforderung den Behörden zu melden.

Leider scheint keine Verpflichtung für die Behörden vorgesehen zu sein, die Meßkurven (oder doch Auszüge davon) unaufgefordert z. B. in Tageszeitungen monatlich zu veröffentlichen, wie man Wetterkurven veröffentlicht. Das könnte helfen, Mißtrauen, soweit es irrational begründet ist, abzubauen. Der moralische Druck auf die Betreiber von Nuklearanlagen, ihre Anlagen sorgfältig zu betreiben, würde verstärkt. Es wäre kaum mehr möglich, daß (noch erlaubte) kurzzeitige Emissionsspitzen zur Dauereinrichtung werden. So sollen z. B. am Zaun des Kernforschungszentrums Karlsruhe vom Mai 1972 bis Mai 1973 im Schnitt 1500 mrem gemessen worden sein, fast 1000mal mehr, als was in der Atomwerbung als durchschnittliche De-facto-Belastung am Zaun von AKWs angegeben wird.

Viertens: Werden radioaktive Atome in die lebende Substanz eingebaut, kommt es zu weiteren Schäden, nämlich durch *Transmutation der Elemente.* Indem ein radioaktives Atom unter Aussendung zerstörend wirkender Strahlen zerfällt, verwandelt es sich in ein anderes Element und verändert dadurch die chemischen Eigenschaften des Moleküls, an dessen Aufbau es teilnimmt. Ein in die Erbsubstanz eingebautes radioaktives Phosphoratom (P-32) verwandelt sich in ein Schwefelatom (S-32), was zum Bruch des betroffenen DNA-Moleküls führt, des chemischen Substrats der Gene. Ein eingebautes überschweres Wasserstoffatom (Tritium) verwandelt sich bei Zerfall in ein Heliumatom (He-3), was zu einem Druckfehler und dadurch möglicherweise zu einer Sinnentstellung der Erbinformation führt. Ein in die Knochensubstanz eingebautes radioaktives Strontiumatom (Sr-90) verwandelt sich in ein radioaktives Yttriumatom (Y-90). Das so entstandene Yttrium wird mobilisiert und konzentriert sich bevorzugt im Hirnanhang (Hypophyse, zentrale Hormondrüse) und in den Geschlechtsdrüsen. Die oben angegebene Belastung der Gesamtbevölkerung mit weniger als 1 mrem pro Kopf und Jahr berücksichtigt nur die Strahlung von außen, nicht aber von innen durch die Einverleibung radioaktiver Atome, noch die Effekte der Transmutation der Elemente.

Ja zur Plutoniumökonomie?

Fünftens: Wenn wir jetzt zur Atomenergie ja sagen, müssen wir zu den Brutreaktoren ja sagen, und damit zur «Plutoniumökonomie». Das wirtschaftlich gewinnbare Uran für die jetzige Reaktorgeneration reicht schwerlich mehr als 30 Jahre, wenn die geplante Entwicklung stattfindet. Denn diese Reaktoren nutzen die im Natururan steckende Energie nur zu 1 bis 2%, Brüter dagegen holen aus der gleichen Menge Natururan gut 50mal mehr Energie heraus. Das erreichen sie dadurch, daß sie die nicht spaltbare Uransorte U-238, die 99,3% des Natururans ausmacht, in spaltbares Plutonium der Sorte Pu-239 verwandeln. Plutonium aber ist eine der gefährlichsten radioaktiven Substanzen, allein schon von der Menge her, die in Zukunft zu erwarten ist:

▶ Plutonium ist ein sog. Alphastrahler. Außerhalb des Körpers ist es wegen der geringen Reichweite dieser Strahlen relativ harmlos. Innerhalb des Körpers aber wirkt es 10- bis 100mal verheerender als ein Beta- oder Gammastrahler der gleichen Energie. Zudem ist die Einverleibung von Alphastrahlern wegen der geringen Reichweite dieser Strahlen von außen überhaupt nicht nachweisbar. Das Plutonium gelangt in den Körper gelöst im Wasser oder als unlöslicher Staub (Aerosol) in die Lungen oder in Wunden. Gelöstes Plutonium konzentriert sich bevorzugt in der Leber und im Knochenmark. Plutonium bleibt während geschichtlicher Zeiten unverändert aktiv. Seine Halbwertzeit beträgt gut 24 000 Jahre.

▶ Bei großen Mengen von Plutonium im Umlauf kommt es unweigerlich zu Leckagen. In einer «All-out-Plutoniumwirtschaft» sind jährliche Plutoniummengen von der Größenordnung bis zu 100000 t zu erwarten. Der größere Teil davon steckt relativ sicher in den Reaktoren. Der andere Teil befindet sich auf Transporten, in Aufbereitungsanlagen, Brennelementenfabriken und auf Atommüllplätzen.

▶ Plutonium ist ein atomarer Sprengstoff. Zwar ist Reaktorplutonium von Plutonium Pu-240 (und anderen Plutoniumsorten) verseucht und daher von geringerer Sprengkraft als reines Plutonium Pu-239, aber hochgehen kann das Ding trotzdem. Niemand kann in einer Plutoniumökonomie mit Sicherheit verhindern, daß Diktatoren oder Terroristen oder eine Mafia sich Plutonium verschaffen können. Das ist ja der wichtigste Grund, warum US-Präsident Carter die industrielle Vormachtstellung der USA buchstäblich aufs Spiel zu setzen bereit ist, indem er die Aufbereitung abgebrannter Brennstäbe aus AKWs zum

Zwecke der Rückgewinnung des darin erbrüteten Plutoniums wie die Entwicklung eines sog. Demonstrationsbrüters so lange aufs Eis legen möchte, bis das Problem des (Atom-)Terrorismus und der Kernwaffenproliferation irgendwie unter Kontrolle ist oder (noch besser) die Entwicklung der Kernenergie zum Hauptenergieträger sich als überflüssig erweist.

II. Alternativen

Fazit: *Wenn* die Argumente der Atomgegner wirklich zutreffen,

- kann eine Plutoniumökonomie gar nicht verantwortet werden,
- muß der weitere Ausbau der Vorstufe dazu (heutige Atomwirtschaft) abgebrochen werden.

Weil aber offensichtlich über dieses «wenn» keine hinreichende Klarheit und Einigkeit herrscht, ist ein Moratorium (ein vorläufiger Stop im Ausbau der Kernenergie) ein Minimum, das anzustreben ist, und zwar solange, bis hinreichende Klarheit herrscht (so schwierig diese im vornherein zu definieren ist). Danach wird endgültig grünes oder rotes Licht gegeben. Während dieses Moratoriums werden andere Alternativen nicht nur mit Worten, sondern mit Taten gefördert. Dazu gehören

- Ausschöpfung aller Sparmöglichkeiten vor allem bei den größten Energieverschwendern, der Raumheizung und dem Verkehr.
- Entwicklung und Anwendung der Sonnenenergie und anderer Alternativenergien.
- Keine Einführung neuer Kategorien von Stromverbrauchern. Denn Strom ist jene Nutzenergieform, die äußerst bequem und vielseitig ist, deren Bereitstellung aber sehr viel Primärenergie verbraucht (auf 1 kWh Strom [Nutzenergie] trifft es 3 kWh Wärme [Primärenergie], von denen 2 kWh ungenutzt durch den Kühlturm entweichen).

Die Einführung des Farbfernsehens in der Schweiz z. B. verlangte (laut Auskunft in Bern) eine Zusatzleistung von 250 MW (80% der Leistung des AKWs Mühleberg bei Bern). Die schweizerische PTT hat vor kurzem bekanntgegeben, daß sie beim Radio Stereophonie einführen wolle. Soweit ich sehe, hat keine einzige Gruppe von Atomgegnern dagegen protestiert, obwohl dieses Vergnügen schätzungsweise einen Mehrbedarf von 100 MW elektrischer Leistung verursachen wird. Eine bemerkenswerte Inkonsequenz!

Befürworter: Arbeitsplätze schaffen und Erdöl sparen

Für viele sind die antiatomaren Bedenken wie die nichtnuklearen Alternativen nur noch akademische Spiegelfechterei. Für sie gibt es ein einziges, überwältigendes, alles andere niederwalzendes Argument: wir benötigen Kernenergie, um erstens Arbeitsplätze zu schaffen und zweitens Erdöl zu sparen. Beide Argumente aber sind fragwürdig.

Zum ersten: Energie ist ein Produktionsfaktor wie die drei klassischen Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital, aber von höherem Range. Denn Energie ersetzt sowohl Arbeit als auch (Sach-)Kapital. Energie läßt die Maschinen schneller drehen (statt 100 Webstühle braucht es nur noch 10 für das gleiche Produktionsvolumen), Maschinen und Apparate ihrerseits machen Kopf- und Handarbeit überflüssig (Taktstraßen bearbeiten ganze Motorenblöcke von A bis Z, und Computer schreiben Geschäftsbriefe). Gleichzeitig macht Energie nichtautomatisierbare Arbeiten immer unerschwinglicher, von der Forstpflege bis zur Krankenpflege, von der Fahrkartenkontrolle bis zur Steuerkontrolle.

Stimmt das, dann ist die Beschaffung unbeschränkt preisgünstiger Energie langfristig der sicherste Weg, die Arbeitslosigkeit zu zementieren. Immer weniger Leute verdienen infolge gestiegener Produktivität immer mehr, immer mehr Leute verdienen nichts. Wem die Überlegungen abstrakt vorkommen, möge sich fragen: was eigentlich soll an diesen neuen Arbeitsplätzen produziert werden (mehr vom Bisherigen oder etwas Noch-nie-Dagewesenes)? Wer soll diese neuen Güter und Dienstleistungen kaufen (etwa die Entwicklungsländer)? Womit sie bezahlen? Zu was für Zwecken sie *sinnvoll* gebrauchen?

Zum zweiten: Ohne Zweifel, wir müssen Erdöl und Erdgas (d. h. Kohlenwasserstoffe) sparen. Sie müssen möglichst lange jenen zur Verfügung stehen, die zur Überwindung ihrer Armut verzweifelt auf einen Energieträger angewiesen sind, der sich nicht nur billiger produzieren, sondern auch leichter transportieren, verteilen, in großen und kleinen Quantitäten lagern (speichern) und vielseitiger anwenden läßt als jeder andere Energieträger (und wäre er der sauberste und unerschöpflichste), eben die Kohlenwasserstoffe. Kernenergie spart noch auf lange Zeit hinaus nicht wesentlich Erdöl.

Die BRD sparte mit ihren 9 AKWs mit zusammen rund 6000 MW elektrischer Leistung gut 5 Mio t bei einem Gesamtverbrauch von gegen 150 Mio t (Irrtum! 8 bis 10 Mio t Steinkohle, behaupten böse Zungen). Alle Prognosen der OECD, der Regierungen, der Ölmultis zeigen über das Jahr 2000 hinaus für W-Europa eine jährliche Zunahme des Verbrauchs von Kohlenwasserstoffen, auch wenn der prozentuelle Anteil dieses Energieträgers am Gesamtenergieverbrauch zurückgeht (von 70 auf 60%). Und das, obwohl die Kernenergie in diesen Prognosen forciert ausgebaut wird mit Verdoppelungszeiten zwischen 5 und 7 Jahren.

Konsequentes Energiesparen

Es gibt nur einen Weg, Öl zu sparen, bevor wir dazu gezwungen werden, weil es zu fließen aufhört: systematisches, konsequentes Energiesparen. Die dazu notwendigen «Sparsysteme» (Isolation der Bauten, Fernwärme, Wärme-Kraft-Kopplung, Wärmepumpen, Sonnenenergie usw.) schaffen Arbeitsplätze genauso wie die Kernenergie (nur nicht so gloriose, ohne Spitzentechnik, weniger hoch bezahlte). Die in 20 Jahren erreichbaren Öleinsparungen pro Kopf und Jahr könnten ohne Komforteinbußen gegen 30% erreichen, mit Komforteinbußen gegen 50% (größte Komforteinbuße: hinreichend Strom, aber nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit in jeder beliebigen Menge zu x-beliebigen Zwecken; genügend Transportkapazität, aber nicht unbedingt private). Aber so etwas gilt (noch) als schlechterdings unzumutbar. Und das ist der eigentliche Grund, warum man das soziale Risiko größer findet als das Gesundheitsrisiko, warum man die Wirtschaftsgesetze für stärker hält als die Naturgesetze, was auf lange Sicht nur schief gehen kann.

Politik als Kunst des Machbaren (= des gerade Zumutbaren) ist heute zu wenig. Politik muß die Kunst werden, das Notwendige, das Not-wendende machbar zu machen.

Paul Erbrich, Feldkirch

Buchbesprechung

Mehr Christentum oder mehr Marxismus? Von Peter Hebblethwaite
Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M., 1977. 186 Seiten. DM 24.–.

Der Titel wurde mit Bedacht gewählt (Marxismus, nicht Sozialismus, obschon die meisten der beschriebenen Bewegungen sich auf «Sozialismus» berufen), um nicht in das parteipolitische Gerangel zu geraten. Es geht auch im ganzen Buch weniger um die politischen Bewegungen als vielmehr um die ideologischen Diskussionen, um die Auseinandersetzung mit entsprechenden Schriften und Ideen. In diesen Grenzen aber bietet das Buch treffliche Information und Stellungnahmen über weltweite Bestrebungen und Trends und bringt auch die verschiedenen Ausgangspositionen wie die unterschiedlichen Ideenströmungen deutlich zum Bewußtsein.

Der unseren Lesern von verschiedenen Artikeln her bekannte Autor Peter Hebblethwaite, früher Chefredakteur der englischen katholischen Monatsschrift «The Month», schildert aufgrund eines eingehenden Literaturstudiums die verschiedenen Annäherungsversuche zwischen Christen und Marxisten und scheut sich nicht, abschließend auch persönlich jeweils dazu Stellung zu nehmen, die Stärken und Schwächen der verschiedenen Strömungen hervorzuheben. Es geht um die Bewegungen im deutschsprachigen Gebiet, in England, Frankreich, Italien und besonders auch in Lateinamerika mit seinen «Theologien der Befreiung», Eurokommunismus, Begegnung von Christen

und Marxisten usw. Ausgangspunkt sind zumeist nicht etwa biblische Positionen, sondern die Not der betreffenden Länder, die Nöte der Dritten Welt: man verzweifelt daran, diese Nöte und Ungerechtigkeiten durch eine Verbesserung oder Weiterentwicklung der bestehenden Gesellschaftsordnungen, insbesondere des Kapitalismus und der Marktwirtschaft beheben zu können. Hebblethwaite zitiert Turner: «Der Christ muß jetzt Marxist sein, weil und nur weil es keinen anderen Streitpunkt in der Welt gibt, als den einen, ob man für oder gegen die Revolutionierung der kapitalistischen Welt ist.»

Bekannte Namen von Persönlichkeiten, Verbänden und Kongressen tauchen auf, in entsprechenden Zusammenhängen, wie etwa Gramsci, Girardi, Franzoni, die Paulus-Gesellschaft, die Bewegung «Christen für den Sozialismus», Gutierrez, Kolakowski, Schaff, Sartre, Garaudy und viele andere. (Es wäre sehr zu wünschen, daß bei einer Neuauflage ein alphabetisches Namensverzeichnis beigefügt würde.)

In der Entwicklungsstrategie zeichnet sich deutlich eine Linie ab von den Spenden (Nahrungsmittel und Geld) über Kredite und Investitionen hin zur Theologie der Befreiung. In steigendem Maße setzt sich bei diesen Leuten die Überzeugung durch, daß nicht Fremdhilfe von außen, sondern nur die eigene Kraft und der Kampf gegen die bedrückenden Mächte (vor allem der kapitalistischen Strukturen), sei es der herrschenden Schichten im eigenen Land, sei es der Fremdherrschaft der ausländischen Mächte, der Weltwirtschaftsordnung, der «Multinationalen», der Fremdinvestoren usw. die eigentliche Lösung und Erlösung von der Not bringen könnten. Zur Analyse der bestehenden ungerechten Verhältnisse bedient man sich marxistischer Begriffe und Methoden, zum Kampf verbündet man sich notfalls mit den Marxisten, um die herrschenden Strukturen zu ändern.

Aber gleich wird auch die ganze Not dieser Bewegungen sichtbar (und Hebblethwaite arbeitet sie schonungslos heraus): Niemand wünscht das sowjetrussische System oder gar die sowjetische Vorherrschaft, schon eher denkt man an gewisse Elemente der maoistischen oder titoistischen Ordnung (etwa Selbstverwaltung und Selbsthilfe kleinerer Einheiten, Abstand von einer überstürzten Industrialisierung, stark kommunitäre Lebens- und Wirtschaftsweise). Aber nirgends, besonders auch nicht in Kuba oder Vietnam, sieht man sein erstrebtes Ideal verwirklicht. Die herkömmliche «christliche Soziallehre» erscheint als zu individualistisch und dem heutigen Stand der Technik, der Weltwirtschaft, der politischen Verhältnisse nicht mehr gerecht. Es ist auch einzuräumen, daß Verbesserungen und soziale Sicherungen, wie sie zum Beispiel bei uns starke Gewerkschaften erkämpft haben, in den meisten Ländern der Dritten Welt nicht möglich sind, weil keine solchen aktionsfähigen Gewerkschaften vorhanden sind oder weil diese, wie etwa in Italien und Frankreich, so stark marxistisch infiltriert sind, daß man nicht weiß, was letzten Endes dabei herauskommt.

Also was tun?

Man weiß zwar, wogegen man kämpft, aber nur sehr vage und fast nur in negativer Form, wofür man sich einsetzen will. Hebblethwaite arbeitet diese Aphorien mit aller Klarheit und Schärfe überzeugend heraus. Aber er versucht auch selbst nicht, realistische neue Modelle aufzustellen, wie es etwa H. Büchele in Wien versucht. Eine tragische Situation. Aber es ist auch ein Verdienst, vor Abwegen und Sackgassen zu warnen und zu neuen Anstrengungen und Versuchen zu ermuntern!

Die deutsche Übersetzung des Buches von Karl Weber liest sich flüssig und angenehm.

Jakob David

Bischofssynode: Abschluß und Zukunft

«Vielleicht hat mit dieser Synode eine neue Phase der Kirche begonnen»: Kurienkardinal *Baggio,* einer der drei Präsidenten der fünften Versammlung der Bischofssynode, sagte dies vor vollem Pressesaal. Die «neue Phase» sah er im «Konsens» der Bischöfe vorgezeichnet, den er gegen alle gehörten und vermuteten Einwände wie Monotonie, Ängstlichkeit, Immobilismus usw. verteidigte. Der Aufwand an defensiver Rhetorik dieses jovialen Italieners ließ allerdings bei mir und anderen ein ungutes Gefühl zurück: Wurde da vielleicht ein «Konsens über den Konsens» zelebriert, wo in Wirklichkeit eine «ungeheure Diskrepanz zwischen den Zeugnissen von Vitalität auf der einen und zäh bremsender Manipulation auf der anderen Seite» (Eindruck eines Experten) herrschte?

Derselbe Kardinal eröffnete die Schlußveranstaltung der Synode in der grossen Audienzhalle mit den lateinischen Worten: *«Post tantos dolores ... tandem natus est»:* Das mit solcher Feierlichkeit angekündigte «Schmerzenskind», war es mindestens jetzt nach seiner Geburt die Freude seiner Eltern?

In Wirklichkeit hatten die 204 Synodenväter ein Heft von 123 lateinischen Druckseiten in der Hand, das sie kaum jemandem zeigen werden: eine Rechenschaft, wie weit und warum Abänderungsanträge an einer Liste von 34 «Schlußsätzen» von einer *ad hoc* eingesetzten Kommission angenommen oder abgelehnt wurden. Die Schlußsätze selber sind nur für den Papst bestimmt, und so hat auch die Annahme der «modi» nur provisorischen Charakter: In Wirklichkeit hat die Synode eben (mit Ausnahme einer «Botschaft») überhaupt nichts Eigenes und in eigener Verantwortung hervorgebracht.

«Hierarchie der Wahrheiten» und «Reifung im Glauben»

Wer sich in das Heft vertiefte, konnte zwar manches gewahr werden, was die Neugierde weckte. Da war zum Beispiel offenbar allerhand hin und hergegangen um den Begriff «Hierarchie der Wahrheiten», der bekanntlich erstmals im Ökumenedekret des Konzils aufgetaucht ist. Eine Klärung scheint noch nicht erfolgt zu sein, aber vielleicht erhalten die Theologen einen neuen Impuls, der sich auch für die Praxis der Katechese auswirkt. Mindestens scheint man die «Integralität» des Glaubens nicht mehr als eine «Summe» von «Wahrheiten» zu verstehen: sie wird «intensiv» und nicht «extensiv» verstanden, was offenbar damit zu tun hat, woraus der Glaube lebt und wozu er inspiriert. In dem Maße als er «dynamisch» gesehen wurde, wäre hier die Frage nach der phasenbedingten, altersspezifischen Akzentuierung des Glaubensinhalts anzusetzen gewesen: doch hiervon findet sich kaum eine Spur, obwohl im «Programm» der Nachdruck auf «Kinder» und «Jugendliche» gelegt war, und viele Interventionen die *«Reifung» im Glauben* und die Fortsetzung dieses Prozesses bei den Erwachsenen im Auge hatten. Anscheinend wurde dies aber eher als ein kontinuierlicher denn als ein dialektischer Prozeß (im Hin und Her von Glauben und «Unglauben») gesehen, und man fragt sich, wo so elementare Grundeinsichten geblieben sind, wie sie ein Romano Guardini in den vierziger Jahren unter dem Titel *«Glaubensgeschichte und Glaubenszweifel»* über die «Glaubenskrisen» bei den notwendigen Umbrüchen der Persönlichkeit gezeichnet hat: eine Thematik, die auch auf Gruppenentwicklung – man denke an das Buch Kohelet – anzuwenden wäre!

Immerhin, was seinerzeit – in den fünfziger Jahren – das Mißtrauen der Kurie und Pius' XII. weckte und was man damals in Frankreich den «catéchisme progressif» nannte, scheint mit allem, was dies an verschiedenen «aktiven Methoden» bedeutet, mittlerweile in Rom so wenig angefochten zu sein, wie die ganze katechetische Bewegung, die heute allein in Frankreich 150000 engagierte Laienkräfte umfaßt. Daß die Kontestation dieser Bewegung durch die Traditionalisten um Lefebvre in Rom *kein Thema* war, darf man als die positive Seite dessen betrachten, was oben als Konsens bezeichnet wurde. Ein französischer Beobachter meinte sogar, diese Synode als das «Vatikanum II für die Katechese» (vergleichbar der Rolle des Konzils für die Theologie und gegen den Integrismus) bezeichnen zu können.

Solch «rosiger» Betrachtungsweise steht der eher «pessimistische» Eindruck entgegen, den der Anfang der «Botschaft» macht und den zum Beispiel der St.-Galler Bischof Dr. *Mäder* kritisiert. Er hätte sich einen *anderen Aufbau* gewünscht, bei dem nicht die Schwierigkeiten am Anfang gestanden wären. Aber, so bemerkte er, über den Aufbau gab es nichts zu diskutieren: er und die hundert anderen «Neulinge» kannten das «Verfahren» und den möglichen Zeitpunkt für eine diesbezügliche Intervention nicht. Nun, offenbar war dies für die «Senioren» nicht anders: Der Erzbischof von Paris, Kardinal *Marty,* wagte im Plenum die kritische Bemerkung, daß bedauerlicherweise *keine «Grundsatzdiskussion»* (discussion de fond) angesetzt worden sei. Das aber war der springende Punkt im ganzen

Vorgang. Daß dieser überhaupt Gegenstand eines *kritischen Rückblicks* wurde, war das Verdienst von Erzbischof *Etchegaray* von Marseille: Er bat das Präsidium darum. Die erste Antwort lautete «videbimus». Schließlich – nach mehreren ganzen und halben Freitagen für das Plenum – wurde für die «Manöverkritik» zum guten Schluß eine halbe Stunde (!) bewilligt.

Vorschläge für die Zukunft

Unter den Vorschlägen zu Struktur und Verfahren seien folgende erwähnt:

▶ Der zur Vorbereitung gewählte «Rat» soll auch noch während der Synode im Amt sein. Tatsächlich wäre er dies nach der schriftlichen Geschäftsordnung (§ 4) bis zur Wahl des nächsten «Consilium»; aber de facto hat «man» ihn schon auf Beginn der Synode ausgeschaltet. (Sinnvollerweise würde auch das Präsidium aus diesem Rat genommen: es wäre dann mindestens mit der Thematik vertraut und könnte sich dementsprechend in der Führung des Ganzen eher etwas zutrauen!)

▶ Die Bischofskonferenzen sollten ihre Eingaben zum Thema nicht nur dem zentralen Sekretariat, sondern auch einander zur Verfügung stellen (Damit wird die Schwäche aller nachkonziliaren «Umfragen» der Kurie signalisiert: es fehlt die «horizontale» Kollegialität!). Auch das «Arbeitsinstrument» sollte den Bischofskonferenzen schon zum voraus zur Diskussion zur Verfügung stehen, damit die Interventionen darauf bezogen werden können.

▶ Die «Arbeitskreise» (Circuli minores) sollten nicht nach Sprachen (und innerhalb derselben nach Alphabet!), sondern nach «soziologischen Situationen» und entsprechenden Interessen gruppiert werden.

▶ Für die Wahl des «Consilium» soll innerhalb der «Kontinente» (aus denen je drei Bischöfe zu wählen sind) Listen aufgestellt werden: so soll die chronische Verzettelung der Stimmen vermieden und eine bessere Repräsentation erreicht werden. (Wer dächte hier nicht an die erste Konzilssitzung: die elementarsten Dinge müssen offenbar für die Synode neu «entdeckt» – oder erstritten? – werden.)

▶ Zur Erleichterung der Kontakte soll allen eine Liste der römischen Adressen der Teilnehmer ausgehändigt werden.

Kardinal *Aloisio Lorscheider* (Fortaleza/Brasilien), der an der Synode die Hauptarbeit der Synthese und der Verarbeitung der «modi» geleistet hat und der mir ein sehr offenes, ungezwungenes Gespräch gewährte, äußerte die Ansicht, die Arbeiten, d. h. sowohl die Interventionen im Plenum wie die Diskussionen in den Circoli sollten sich viel strikter auf *vorgelegte Texte* beziehen, sei es zuerst auf das «Arbeitsinstrument», sei es auf einen späteren Entwurf, z. B. diesmal für die «Botschaft». (Das wäre also die Methode des Konzils, die auch von den verschiedenen Synoden nördlich der Alpen übernommen wurde: Manche meinen, dann müßte man aber ebenfalls mit *zwei Lesungen* operieren und zu Beginn der folgenden Synode das Thema der früheren nochmals aufnehmen: Lorscheider gab aber dieser zweistufigen Konzeption wenig Chancen.)

Der Auffassung, die die Arbeit auf ein *Dokument* konzentrieren will, steht eine andere diametral gegenüber, wie sie Bischof Mäder entwarf: Ausgangspunkt sollen, wie diesmal, möglichst lebendige Situationsschilderungen und entsprechende Problemstellungen sein. Nach der Diskussion in den Arbeitskreisen mag eine Kommission weiterarbeiten: für das Plenum der Bischöfe aber soll die *zweite Hälfte* der Synode der *Weiterbildung durch Expertenvorträge* dienen.

Der Papst, das Kirchenrecht und der römische «Stil»

Ein wesentlicher Wunsch hinsichtlich Struktur und Arbeitsweise betrifft den *Papst* und darüber hinaus dessen Mitarbeiter. Da der Papst ja «beraten» sein will, sähe man ihn gern konkrete Fragen bzw. Alternativen und Projekte selber oder durch verantwortliche Mitarbeiter vorlegen: «Was meint ihr dazu?» Man dächte sich also einen direkteren Dialog, auch mit einzelnen Kurienbehörden. Was von dorther am Rand der Synode an Informationen vorgelegt wurde, war dürftig. Muß man schließen, daß ein solcher Dialog immer noch *gefürchtet* wird?

Eine besondere Gelegenheit in dieser Richtung hätte die *Revision des Kirchenrechts* geboten. Kardinal *Felici*, der darüber in allgemeinen Zügen referierte, erweckte nicht den Eindruck, als ob er eine Mitarbeit des Episkopats *als Kollegium* wünsche. Ein Bischof, der fragte, ob Teilentwürfe, zu den von Bischöfen *grundlegende* Einwände erhoben worden sind, ein zweites Mal in die Umfrage gehen, erhielt einen praktisch negativen Bescheid. Ein Konsens unter den Bischöfen wird somit nicht gesucht: die Kurie will sich selber die Beurteilung der einzeln und unabhängig voneinander eingesandten Reaktionen vorbehalten. Hier erhebt sich die Frage, wie weit die auf der Synode erhobenen Forderungen, etwa zur Inkulturation (Beispiel: Eherecht in Afrika) überhaupt bei der genannten Revision berücksichtigt werden. Zwei römische Kanonisten, die ich fragte, reagierten gereizt, während Kardinal *Thiandum* (Dakar) offenbar meint, ein Kongreß im kommenden Sommer über das fragliche Eherecht in Afrika müsse sich notfalls auch noch gegenüber einer «bereits abgeschlossenen» Arbeit durchsetzen. Unterdessen macht es eher den Anschein, als ob Kardinal Felici und seine Gruppe sich die Ohren verstopfen. Nachdem einige Afrikaner Französisch bzw. Englisch (statt des offiziellen Lateins) gesprochen hatten, apostrophierte sie Kardinal Felici mit den Worten, *er* rede weder Englisch noch Französisch noch «Afrikanisch», sondern Latein. Anderseits las er während der Interventionen anderer ostentativ die Zeitung.

Gestoßen hat dies u. a. einen *Orientalen*, und Orientalen hatten – nach einer Protest auslösendenen Zurücksetzung ihrer Patriarchen beim Eröffnungsgottesdienst – auch beim Schlußzeremoniell Bedenken. Da mußten alle 300 Bischöfe, Experten usw. je einzeln vor den Papst hinknien, um seinen Abschiedsgruß in Empfang zu nehmen. Abgesehen von einer Orgelbegleitung, die an Abdankungen erinnerte, löste dieses «Defilé» bei manchem Fernsehzuschauer in nördlicheren Zonen geradezu Entsetzen aus: «Ist so etwas noch möglich!» So sympathisch der persönliche Abschied des zum Sitzen gezwungenen Papstes offenbar den einzelnen gegenüber vor sich ging: der genannte Orientale, ein ebenso intelligenter wie bescheidener Mann, nahm Anstoß: «Es ist nicht meinetwegen; ich empfinde es als Beleidigung unserer Kirchen».

So besteht offenbar auch im *Stil* derzeit in Rom Unsicherheit: das Persönlich-Vertrauliche und das zugleich und trotzdem gesuchte oder beibehaltene Spektakuläre lassen sich eben nicht auf einen Nenner bringen. Diese Unsicherheit haftet nach wie vor der Struktur und Funktion der Synode an. Offenherzig sagte mir Kardinal Lorscheider zum Abschied: «Am Schluß sind wir jedesmal verwirrt. Wie soll's weitergehen?» *Ludwig Kaufmann*

Gruppendynamische Seminare

Einführung in die themenzentrierte Interaktion TZI
(nach Ruth Cohn)

Kursleiterin:	Dr. Elisabeth Waelti, Höheweg 10, 3006 Bern
Thema:	Wie kann ich durch lebendiges Lehren und Lernen meine Erlebnisfähigkeit vertiefen und berufliche Konflikte in der Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen besser bewältigen?
Adressaten:	Leiter von Arbeitsgruppen aus allen Bereichen: Sozialarbeiter, Pfarrer, Psychologen, Lehrer usw.
Termin:	Letztes Seminar für 1977: 3.–7. Dezember, Nähe Bern Vorgesehene Seminare für 1978: 27.–31. März 3.–7. Juli 3.–7. Mai 25.–29. Sept.
Kurskosten:	Fr. 250.–
Unterkunft:	Vollpension pro Tag ca. Fr. 38.–

Einzahlung von Fr. 250.– auf Postcheckkonto Waelti 30-66546 gilt als definitive Anmeldung.

Gruppenkonflikte als christliche Bewährungsprobe

Eine Grundeinsicht der Bischofssynode konfrontiert mit Erfahrungen in (Süd-)Afrika

Denis Hurley (62), Erzbischof von Durban in Südafrika, ist unseren Lesern kein Unbekannter. Vor zwei Jahren schrieb er uns zwei Artikel über «Südafrikas Zukunft» (1975, S. 124ff. und 134ff.), und schon zur Konzilszeit stand die «Orientierung» mit ihm in Kontakt. Auf der Bischofssynode wurde er heuer zum zweitenmal in den Rat beim Generalsekretariat gewählt. Erzbischof Hurley ist aus Kapstadt gebürtig, seine Familie stammt aus Irland: so gehen ihm die Konfliktsituationen sowohl in Nordirland wie in Südafrika nahe. Beim Abschluß der Synode in Rom führte unser Chefredaktor Ludwig Kaufmann mit ihm das folgende Gespräch (Original in Englisch, Übersetzung von Karl Weber):

GESPRÄCH: LUDWIG KAUFMANN (K) UND ERZBISCHOF HURLEY (H)

K: Hat sich die Synode gelohnt?

H: Sie fragen mich, ob ich glaube, die Synode sei der Mühe wert gewesen. Ja, und zwar aus folgendem Grund: Als Grundeinsicht für die Katechese und die gesamte Seelsorge ist zutage getreten, daß das, was früher für Katholiken der häufige Sakramentenempfang war, jetzt das *Wachstum im Glauben* sein muß. In der Vergangenheit gingen die Menschen zur Beichte und bekannten, daß sie am Sonntag die Messe nicht besucht haben; in der Zukunft ist es möglich, daß sie sich darüber anklagen und ein Gewissen machen werden, daß sie keine Anstrengungen unternommen haben, im Glauben zu wachsen. Dieses Wachsen im Glauben bezieht sich auf alle Schichten und Altersgruppen und auf alle verschiedenen Rollenträger; ich denke, es wird charakteristisch sein für die Kirche der Zukunft.

K: Wie können Sie aber dieses Wachstum wahrnehmen? Welches sind die Anzeichen?

H: Zugegeben, dies ist nicht so greifbar wie der Sakramentenempfang. Aber ich glaube, daß einer beispielsweise mit der neuen Art des Bußritus über sein Leben in den vergangenen Monaten nachdenken und dabei sehen wird, ob er, ja oder nein, Anstrengungen gemacht hat, um tiefer ins Evangelium einzudringen, es zu lesen und zu meditieren, ob er sich mehr bemüht hat, fürs Evangelium Zeugnis zu geben, vor allem bezüglich Nächstenliebe und Gerechtigkeit. Und in einer Situation wie der meinigen, der südafrikanischen Situation, wird er sich besonders fragen, ob er beigetragen hat zur *Versöhnung zwischen Gruppen*. Das ist unser großes Problem, die Versöhnung zwischen Gruppen. Das ist ein gemeinsames Problem für die ganze Welt.

K: Jetzt bin ich aber froh: Sie sind der erste Mann, der mir so etwas sagt. Ich war mit einigen Afrikanern zusammen, und im Verlauf unserer Gespräche stand ich plötzlich verblüfft vor folgendem Tatbestand: wir Christen haben sieben Sakramente, aber kein einziges Sakrament für die Versöhnung zwischen Menschen. Die Afrikaner haben alte Traditionen der Versöhnung. Damit berühren wir auch das nicht zur Ruhe kommende Problem der Akkulturation, und zwar jetzt für uns, was *wir* von Afrika annehmen könnten. Ist es denkbar, daß Nichtafrikaner von Afrikanern lernen, wie man sich versöhnt, sozusagen die «Technik» der Versöhnung?

Neue Dimension im Verständnis des Evangeliums

H: Ich könnte Ihnen nicht gleich eine Antwort geben. Aber ich glaube, daß die afrikanische Gesellschaft der Kirche einen wertvollen Beitrag leisten könnte: Diese Praxis der Versöhnung nicht nur zwischen Individuen, sondern zwischen Gruppen, zwischen Gemeinschaften. Das ist deshalb so wichtig, weil wir am Ende des 20. Jahrhunderts, so glaube ich, auf eine neue Dimension des Evangeliumverständnisses zugehen; daß nämlich kollektive Sünden viel größer sind als individuelle Sünden und daß kollektive Bekehrung, Bekehrung bezüglich Gruppenidentität, viel schwieriger ist und einen gänzlich neuen Aspekt in der Moral- und Pastoraltheologie verlangt. Bezüglich Versöhnung kann Afrika uns ein Beispiel bieten, aber andere Gesellschaften mögen es schwierig finden, dies in ihr kulturelles Erbe einzufügen.

K: Glauben Sie, daß Ihnen diese Dimension des Evangeliums aufgegangen ist, weil Sie in Südafrika mit all den Rassenunruhen leben, oder hat etwa die Synode Ihr Bewußtsein bestimmt?

H: Nein, mein Bewußtsein, das mir so zu sprechen erlaubt, kommt von meiner Erfahrung in Südafrika. Aber diese ist bezogen auf das, was die Synode als Ziel der Katechese betont hat, daß Wachstum im Glauben ein charakteristisches Kennzeichen jedes christlichen Lebens werden muß, und zwar im persönlichen, familiären und sozialen Bereich. Ich glaube, daß die südafrikanische Erfahrung, von der wir lernen, eine lebendige Erfahrung von Gruppenkonflikt ist, welcher der tiefste Konflikt in der Menschheit ist. Man sehe bloß, wie wir in der Geschichte dastehen und wie es mit uns rund um die Erde bestellt ist: Gruppenkonflikte sind die schwierigsten, denn sie basieren auf Gruppeneinstellungen, welche die Jugend sich in der Frühreife aneignet, und wenn sie einmal angenommen sind, werden sie so stark, daß die Menschen in sie eingesperrt sind und nicht nach außen sehen können. Darin liegt doch das Verhängnis, daß die Menschen nicht über die Barrieren, die sie selber errichtet haben, hinaus denken und Verständnis aufbringen können.

K: Sie sprechen von Gruppenkonflikt. Ist es nicht innerhalb der Kirche quasi tabu, eigene Gruppenkonflikte zuzugeben? Es darf keinen Gruppenkonflikt geben, also gibt es keinen, auch wenn es einen gibt. Ja, gerade von der diesjährigen Bischofssynode wurde offiziell gerühmt, daß jeglicher Konflikt vermieden werden konnte. Ein Bischof, den ich darauf ansprach und dem ich in Erinnerung rief, welche Forderungen auf mehr Autonomie der Ortskirchen zumal afrikanische Bischöfe auf der letzten Synode (1974) beim Thema «Inkulturation» erhoben hätten, meinte: Damals wurde dieses Thema provokativ (gegen kirchenrechtlichen Uniformismus und Zentralismus), diesmal aber ohne jede innerkirchliche Spitze, sozusagen «konfliktlos» dargestellt.

Herausforderung an Moral und Pastoral

H: Ja, da gibt es ein Problem für die Kirche, so zu tun, als ob es keine Gruppenkonflikte gäbe; aber ich glaube, daß das Problem tiefer liegt, in dem Sinn, daß unsere frühere Moraltheologie und Pastoraltheologie sich nicht mit diesen Aspekten des Konflikts befaßten. Unsere *Moraltheologie* war eine Theologie über Individuen, individuelle Pflichten, individuelle Rechte, individuelle Sünden. Und ich glaube nicht, daß wir uns wirklich der sozialen und kollektiven Dimension der Sünde und der Sündengewohnheiten von Gruppen bewußt geworden sind. Dies bezieht sich nicht nur auf rassische Situationen: Nehmen Sie zum Beispiel Brasilien und ähnliche Länder, wo eine bourgeoise Gruppe, die um ihre Zukunft bangt, sich dem Aufkommen einer proletarischen Gruppe widersetzt. Gruppenbefürchtungen und Gruppenwiderstand gegen Änderungen ist von außerordentlich starker Art. Solches Gruppenverhalten müssen wir im Lichte des Evangeliums betrachten. Unsere Moral- und Pastoraltheologie hat hier Neues zu erarbeiten.

Es ist sehr schwer, das Evangelium der Liebe auf eine Gruppensituation anzuwenden. Normalerweise sehen wir dies nicht, wir

leben innerhalb der Gruppe, und wir sind sehr glücklich, darin zu leben. In Irland zum Beispiel befinden sich gute Christen auf beiden Seiten des Konflikts: Katholiken und Protestanten, die ans Evangelium glauben, aber nicht sehen, daß das Evangelium sich auf diesen Konflikt bezieht. Dasselbe kann man in Kanada zwischen Französischsprechenden und Englischsprechenden und in Belgien zwischen Flamen und Wallonen beobachten. Allzumal kommen wir nicht einmal auf den Gedanken, daß solche Situationen das Licht, die Hilfe und Stärke des Evangeliums erfordern. Versteinert und geblendet wie wir in der Gruppe sind, können wir weder sehen noch handeln: Wir denken nicht einmal daran, daß wir als Christen angesprochen sind.

Methoden des Friedens?

K: Ich höre so etwas zum erstenmal von einem Bischof. Wäre dies nicht ein Thema für die Synode? Müßten wir nicht so etwas wie eine Methode des Friedens erarbeiten und die Verpflichtung zum Frieden verkündigen? Alle Jahre begehen wir Friedenstage, aber die Menschen realisieren die nächstliegenden Aufgaben nicht, weil sie immer meinen, es ginge nur um die große Weltpolitik. Glauben Sie, daß es so etwas wie eine Pädagogik, eine Methodik gibt, um das zu verwirklichen, was Sie eben gesagt haben?

H: Ich kenne keine systematische Methode. Ich meine, Methoden der Versöhnung bezüglich solcher Gruppensituationen müssen Erfahrungsmethoden sein, Methoden des Kontakts, Kontakt untereinander, Kontakt mit dem Problem. Dies alles führt uns zurück auf die alte Maxime von *Cardjin:*[1] Sehen, urteilen, handeln. Unser Problem ist das Sehen. Heute betonen wir sehr die Notwendigkeit unmittelbarer *Erfahrung* und die Reflexion über solche Erfahrung. Diese Art von Methode scheint die einzig wirksame in Fällen von starken Gruppenvorurteilen und Gruppenverblendung zu sein. Wenn wir eine bourgeoise Gruppe haben, dann muß man einige Glieder dieser Gruppe dazu bewegen, die armen Leute, die Proletarier, die Unterdrückten, als Menschen zu sehen. Das ist sehr schwierig für sie. Sie sehen sie immer als Kategorie. Und diese Bourgeois, da sie in *ihre* Situation geboren sind und die niederen und unterdrückten Klassen seit jeher in *deren* Situation gesehen haben, bemerken gar nicht, daß etwas Unchristliches in ihrer Einstellung liegt. Auf irgendeine Weise müssen einige Individuen in der dominierenden Gruppe eine Erfahrung machen, die ihnen ermöglicht, die anderen als Menschen zu sehen. Auch aus den unterdrückten Gruppen müssen einige eine Erfahrung machen, welche sie befreit. Hier läßt sich auf die Methode von *Paolo Freire* zurückgreifen. Auch wenn ich nicht sehr viel darüber gelesen habe, glaube ich zu wissen, daß es sich nicht um eine Methode von Lehrern, die lehren, handelt: es ist ein Geschehen von Teilnehmern, die durch bestimmte Erfahrungen motiviert werden, in der eigenen Befreiung voranzugehen.

K: Dies bringt mich zu den Selbsterfahrungsgruppen in unserem Raum. Als an der Deutschen Bischofssynode die Frage, ob eine Bußfeier ein Sakrament sei, aufkam, sagte eine Synodalin im Hinblick auf gemeinsame Bekehrungsprozesse (etwa gemeinsame Bemühungen und Hilfen, um sich von Drogen zu befreien): «Gott ist da, wo Umkehr geschieht.»[2] Deuten nicht gemeinsame Bußfeiern auf das Bedürfnis gemeinsamer Bekehrung hin? Haben Sie in Ihrem Land solche Erfahrungen?

Umkehrerfahrung für Dominierende und Unterdrückte

H: Ja, ich glaube, da liegt viel Wahrheit drin. Wir versuchen bei uns in Südafrika in systematischer Arbeit solche Erfahrungen zu fördern. Meines Wissens ist das, was ich damit meine, inzwischen noch nicht unterdrückt worden (Anm. d. R.: Anspielung auf die Unterdrückung des «Christlichen Instituts» am 19. Oktober: vgl. *Titelseite.* Hier geht es u.a. um Gruppen, die in Bischof Hurleys Diözese im Auftrag von «Iustitia et Pax» arbeiten: vgl. Orientierung, 1975/12, S. 134). Die Erfahrung besteht in Folgendem: Ungefähr dreißig Menschen aus verschiedenen Rassen und Religionen werden für ein Wochenende zusammengebracht. Das Programm wird sorgfältig ausgearbeitet, damit sie schrittweise in eine sehr vertrauensvolle und ehrliche Beziehung zueinander treten, bis die Wahrheit in voller Offenheit ausgesprochen wird. Ein Schwarzer wird wirklich sagen, wie er einem Weißen gegenüber empfindet. Das ist ein fürchterlicher Schock, wenn ein Weißer zum erstenmal dies hört. Es ist, wie wenn auf sein Gewissen geklopft würde. Aber der Weiße hört zum erstenmal von einem Schwarzen in Südafrika, was für Leiden seine eigene Rasse dem schwarzen Menschen verursacht. Es ist eine schreckliche Erfahrung für Weiße, sie realisierten es nie zuvor. Aber dies liegt auf der Linie von dem, wovon Sie sprachen. Die Erfahrung der Umkehr ist sehr schmerzhaft. Nun, dasselbe geschieht natürlich auch von Schwarz zu Weiß. Ich habe hauptsächlich von der Notwendigkeit gesprochen, daß sich eine dominierende Gruppe zu ändern und zu bekehren hat. Aber ich nehme andererseits an, daß eine unterdrückte Gruppe zu einem neuen *Selbstvertrauen* bekehrt werden muß. Dazu scheint eine gewisse Art von Erfahrung notwendig zu sein, um die anfängliche Bekehrung herbeizuführen und zugleich die Motivation weiterzumachen.

K: Hat diese Ihre Idee an der Synode ein gewisses Echo gefunden? Oder gab es sogar diesbezüglich ein gemeinsames Bewußtsein?

H: Nein, ich möchte nicht sagen, daß dies ausdrücklich an der Synode behandelt wurde. Was dort ins Bewußtsein rückte, war die Ganzheit der Katechese, die Tatsache, daß die Katechese auf das Handeln ausgerichtet sein muß, aufs Zeugnisgeben und, wie wir im Englischen häufig sagen, auf *conversion:* Umkehr. Hier knüpft meine Erfahrung aus Südafrika an, und ich glaube, sie läßt sich ausweiten: Wo immer Gruppenkonflikte bestehen, dürften sie auf ähnlichem Nichtverstehen beruhen, und bei solchem Verhalten sollten die Menschen die Möglichkeit erhalten, eine neue Sicht von sich selber und von den anderen Gruppen zu gewinnen. Der schwierige Prozeß solcher Umkehr kam auf der Synode nicht eigens zur Sprache; aber er liegt in der Konsequenz ihres Anliegens, daß Katechese nicht bloß etwas für den Kopf sein sollte, sondern für den ganzen Menschen.

[1] Begründer der Christlichen Arbeiterjugend (JOC/CAJ)

[2] Vgl. Orientierung 1972, S. 117.

ORIENTIERUNG

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebneter, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin
Anschrift von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ✆ (01) 201 07 60
Bestellungen, Abonnemente: Administration
Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»
Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842
Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge Konto Nr. 0842-556967-61
Deutschland: Postscheckkonto Stuttgart 62 90-700
Österreich: Postsparkasse Wien Konto Nr. 2390.127
Italien: Postcheckkonto Nr. 29 290 004
Abonnementspreise 1977:
Schweiz: Fr. 29.– / Halbjahr Fr. 16.– / Studenten Fr. 20.–
Deutschland: DM 31.– / Halbjahr DM 16.– / Studenten DM 22.–
Österreich: öS 210.– / Halbjahr öS 120.– / Studenten öS 140.–
Übrige Länder: sFr. 29.– plus Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr./DM 35.– (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Einzelexemplar: Fr./DM 1.70 / öS 12.– plus Porto

AZ

8002 Zürich

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion